

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

47. Woche für die Zeit vom 21. bis 27. November 1902.

Posen, den 2. Dezember 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 492 des Kurjer Poznański

vom 22. November 1902:

Drei schlesische Zentrumsblätter,

die Oberschlesische Volkszeitung, die Reisser Zeitung und die Schlesische Volkszeitung veröffentlichten vor einigen Tagen einen Artikel, betitelt „Ein Wort zur Aufklärung“, in welchem sie das Recht der Polen, national zu empfinden, anerkennen, die jetzige Polenpolitik der Regierung verurtheilen und zu beweisen suchen, daß das Zentrum stets ein Gegner dieser „antipolnischen Politik“ gewesen sei. Zur Einnahme dieses Standpunkts sei das Zentrum gemäß den katholischen Grundsätzen verpflichtet. Eine Schulpolitik, wie sie jetzt im Osten getrieben werde, müsse die Fundamente des Staats untergraben. Der Patriotismus werde nicht geschwächt durch Ertheilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Hinsichtlich der Treue der Polen gegenüber dem Staate sei es gleichgültig, ob ihnen der Religionsunterricht in polnischer oder in deutscher Sprache ertheilt werde. Die ober-schlesische Geistlichkeit müsse gegen die antipolnische Politik der Regierung auftreten, weil die Seelsorge durch diese Politik erschwert wurde.

Der Kurjer Poznański meint zu dieser Erklärung:

„Fürs Erste machen wir den Vorbehalt, daß wir bei Würdigung der Auslassung der Zentrumsblätter keineswegs verkennen, daß wir es hier mit einer Auslassung von Deutschen zu thun haben. Wir können von ihnen nicht fordern, daß sie die politischen Angelegenheiten mit denselben Augen betrachten, mit denen wir sie ansehen, daß sie die ganze Skala unserer nationalen Empfindungen mitempfinden, daß ihnen die ganze Tiefe der Liebe zur polnischen Sache zu eigen sei. Aber gerade deshalb, weil wir den hier in der polnischen Sache sich auslassenden Zentrumsleuten ein Uebermaß an Subjektivismus nicht zum Vorwurf machen, müssen wir ihnen den Unterschied klarlegen, der zwischen ihren und unseren Anschauungen obwaltet. Das Zentrum fordert uns zur Eintracht auf dem Boden der katholischen Grundsätze auf. Zu diesem Einvernehmen werden wir ihm stets die Hand bieten.“

In dem Aufruf des polnischen Wahlvereins für Schlesien ist ausdrücklich betont, daß das Zentrum im

Interesse der katholischen Sache auf die Unterstützung der Polen rechnen kann. Das schließt jedoch das verfassungsmäßige und moralische Recht der Polen, eigene polnische Abgeordnete zu wählen, keineswegs aus. Sodann legen wir Verwahrung ein gegen die Behauptung, daß die Polen irgendwelchen Grund zur Dankbarkeit gegenüber der preussischen Regierung hätten. Einen solchen Grund finden wir in der gesamten Geschichte unseres Landestheils nicht, auch nicht in der Geschichte Schlesiens. Die preussische Regierung ist stets von Anfang an und ohne Unterbrechung gegen das polnische Element aufgetreten. Weiterhin ist in der Erklärung der Zentrumsblätter von dem preussischen Patriotismus der Polen die Rede. Darauf antworten wir: Der Pole, soweit er national bewußt ist, kennt und kann nur einen Patriotismus kennen, und zwar den polnischen, eine Vaterlandsliebe, die Liebe zu Polen. Das ist seine Pflicht und nur einen solchen Polen sollte ein redlicher Deutscher schätzen und achten. Die Polen erfüllen ihre Pflicht gegenüber dem Staate. Sie zahlen Abgaben, leisten Heeresdienste und erfüllen alles, was das Recht und das Staatsgesetz verlangt. Mehr von ihnen zu fordern, hat Niemand das Recht. Die Polen machen keine Revolution, und sie wollen keine machen; sie erkennen die Thatfache, daß sie mit Willen der Vorsehung unter die Gewalt einer fremden Nation gelangt sind, an, sie sehen aber die deutsche Idee nicht als die ihrige an. Sie gehorchen dem Gesetze, weil sie das müssen, weil sie wissen, daß das Nichtgehorschen noch größeres Unglück über sie bringen würde; sie behalten aber ihr Gefühl der Sonderstellung, sie behaupten, daß sie in keinem normalen Zustande leben, daß sie unter fremder Herrschaft leben, unter der Herrschaft einer ihnen durchaus und in jeder Hinsicht fremden Volksgemeinschaft. Mögen also die Zentrumsblätter von unserer legalen Haltung gegenüber dem preussischen Gesetz reden, welches mittelst der Bajonette des preussischen Militärs und mittelst Kerkergittern vertheidigt wird, mögen sie aber nicht von unserm preussischen Patriotismus reden, denn wir haben keinen solchen und können keinen haben. Zum Schluß eine Bemerkung betreffs des Panpolonismus, von welchem die polnischen Blätter reden. Panpolonismus als Lösung zum revolutionären Kampfe nach drei Fronten, sofern eine solche Lösung auftauchte, betreiben wir nicht, und wir sehen sie als schädlich an; aber Panpolonismus als Empfindung der nationalen Gemeinschaft aller Polen ist ein heiliges Gefühl und die Pflicht eines Jeden, den eine polnische Mutter gebär. Doch da Polenthum und Katholizismus untrennbar mit einander verbunden sind, kann das Zentrum sicher sein, daß die Polen, wenn dies die katholische Sache

erheischen wird, stets gern und begeistert mit ihm Hand in Hand gehen werden in guten und schlimmen Tagen."

Aus Nr. 262 des Dziennik Berlinski

vom 12. November 1902:

Eine den Verkauf von Gruszczyu betreffende Aufklärung.

Dank des energischen Auftretens des Dziennik Berlinski in der Angelegenheit der letzten Transaktionen mit der Ansiedelungskommission, beginnt die öffentliche Meinung sich zu rühren und die interessirten Personen fangen an sich zu vertheidigen und die Sache aufzuklären.

Als Beweis dafür gilt der im gestrigen Artikel von uns auszugsweise mitgetheilte Brief eines äußerst hervorragenden Großgrundbesizers des Großherzogthums, welcher keineswegs radikal gesinnt war, aber infolge der letzten unwürdigen Machinationen der Verkäufer, ihrer Strohmänner und Agenten der Ansiedelungskommission sich zum nationalen Radikalismus bekannt hat.

Ferner fühlte sich infolge des Druckes, den wir auf die öffentliche Meinung ausgeübt haben, der frühere Besitzer des im Kreise Posen-Ost belegenen Gruszczyu, Herr Alexander Wadynski verpflichtet, die Umstände zu erklären, unter welchen er dieses Gut, das nach der heutigen Nachricht des Posener Tageblattes — Organ der Posener Regierung — schon Eigenthum der Ansiedelungs-Kommission ist und nicht des Herrn Stefanski aus Gnesen, der es erst vor einigen Monaten von Herrn Wadynski gekauft hatte.

In dieser Angelegenheit schrieb der Dziennik Berlinski in seinem Artikel „An den Pranger der öffentlichen Meinung!":

Herr Alexander Wadynski, ein guter Landwirth und ein wohlhabender, wenn auch einfacher Mann, hat dem Grafen Mielzynski aus Zwo, das im Kreise Posen belegene Gruszczyu abgekauft. Der Graf, welcher allerdings früher selbst Rynsk an die Ansiedelung verkauft hat, war überzeugt, daß er sein Gruszczyu an einen guten Polen verkaufe. Er hatte sich jedoch in ihm getäuscht, ebenso wie sich Polen in dem verstorbenen Grafen Josef Mielzynski getäuscht hatte, denn nach seinem Beispiel hat auch Herr A. Wadynski Gruszczyu an einen unsicheren Menschen aus Gnesen, Namens Stefanski verkauft, welcher in an die Redaktionen der polnischen Zeitungen in Posen gerichteten Briefen versicherte, daß er garnicht daran dächte, Gruszczyu an die Ansiedelungskommission zu verkaufen, sondern daß er es vielmehr unter die Bauern parzelliren wolle, und zum Scheine veröffentlichte er auch Parzellirungstermine in den Zeitungen; er hat die Sache jedoch so geschickt geleitet, daß der Monitor der Posener Regierung heute amtlich veröffentlichte, die Ansiedelungskommission sei Besitzerin von Gruszczyu.

Aus Anlaß der obigen Betrachtungen übersandte uns Herr Wadynski eine Aufklärung, welcher folgendermaßen lautet:

„Andrzejewo, den 9. November 1902.

Wohlgeborener Herr Redakteur!

Als ich gestern zur Post schickte, um den Dziennik Berlinski abholen zu lassen, habe ich nicht geahnt, daß ich durch ihn den Verkauf von Gruszczyu an die Ansiedelungskommission schon als eine vollendete Thatsache erfahren würde. Indem ich auf Ihre Gerechtigkeit und Unparteilichkeit reche, erlaube ich mir die Bitte auszusprechen, daß der Dziennik Berlinski in diesem Falle nur die Schuldigen an den Pranger der öffent-

lichen Meinung stellen möchte, und nicht handle wie es im Jahre 1830 in Warschau geschehen ist, wo man sowohl Schuldige wie Unschuldige an die Laternenpfähle aufhing.

Ich habe schon vor einigen Monaten in den Posener Zeitungen eine Erklärung veröffentlicht, daß ich den gerichtlich belangen werde, wenn es sich herausstellen sollte, daß ich beim Verkauf von Gruszczyu in solch einer Weise hintergangen worden bin und Gruszczyu in den Besitz der Ansiedelungskommission übergeht.

Der Dziennik Berlinski hat treffend und in gerechter Weise bemerkt, daß ich wohl ein ziemlich guter Landwirth aber ein einfacher Mann sei. Es ist wahr, daß ich nicht aus der Neuzeit stamme, denn ich bin beinahe 60 Jahre alt und deshalb glaube ich auch, daß Gott gerecht ist, sowie auch die weltlichen Gerichte und unsere Richter gerecht sind (je nachdem! — die Red. des Dz. Berl.), und daß sie diese Hintergehung in gerechter Weise richten werden, ob es sich um einen Polen handelt oder nicht.

Aber nun kommt das Schlimmste der ganzen Sache. Wenn man mit dem Verkauf zum Beispiel einen Agenten betrauen würde, der von diesem Geschäfte lebt, dann könnte man, wenn auch nicht immer, etwas Schlimmes annehmen; aber, wenn man mit dem Verkauf, so wie ich es der Vorsicht halber gethan habe, einen sehr wohlhabenden Polen betraut, der außerdem noch Beamter ist (Kämmerer der Stadt Kostschin, Rendant und Kassirer der katholischen Kirchenkasse, schließlich noch nächst dem Propst erstes Mitglied des Kirchenvorstandes und Direktor der Darlehns-genossenschaft in Kostschin) und man giebt ihm 1½ Prozent unter der Bedingung, die ich allen polnischen Agenten gestellt habe, daß ich Gruszczyu nur einem guten Polen und zwar einem solchen verkaufen wolle, der sich dort ständig niederlassen will, und wenn dieser Agent (der Kämmerer der Stadt Kostschin und Direktor der dortigen Genossenschaft) mir das alles unter Ehrenwort verbürgt und mein Gruszczyu trotzdem an die Ansiedelungskommission verkauft wird, dann ist es schon beinahe soweit, daß die Welt zusammenstürzen muß.

Im Uebrigen will ich nicht weiter davon schreiben. Von dem Ausfall des Prozesses werde ich Ihnen Mittheilung machen. Es ist nicht möglich, daß die preussische Ansiedelungskommission mich mit Hilfe solcher Leute auskaufen sollte, der ich schon kaum gehen kann, was ich den beiden letzten preussischen Feldzügen zu verdanken habe, die ich im 1. Garderegiment mitgemacht habe. Wenn Sie meinen Brief zur Veröffentlichung im Dziennik Berlinski für geeignet halten, so bitte ich um gefällige Aufnahme desselben.

Mit dem Ausdrucke der Hochachtung verbleibe ich Ihr

unterthäniger

Alexander Wadynski."

Gewiß, wir erachten den Brief des Herrn Wadynski zur Veröffentlichung für sehr geeignet und zwar aus folgenden Gründen: Erstens ergibt sich aus den einfachen, nicht gesuchten Worten des Herrn Wadynski, daß er in diesem Falle anscheinend im guten Glauben gehandelt habe, was schließlich auch der durch ihn angestregte Prozeß gewiß ergeben wird, und zweitens bildet dieser Brief eine beherzigenswerthe Warnung für alle Großgrundbesitzer und Landwirthe, welche aus diesen oder jenen Gründen ihren Landbesitz verkaufen wollen, daß sie keinem Agenten, sei er auch Kämmerer und Mitglied des Kirchenvorstandes, zu viel Glauben schenken, sondern daß, wenn sie schon durchaus ihr

Eigenthum verkaufen wollen, sie sich kontraktlich schützen und sich bei Zahlung einer hohen Konventionalstrafe ausbedingen, daß dem Käufer der Wiederverkauf des Besitzthums weder an einen Deutschen noch an die Ansiedelungskommission gestattet sei.

In der obigen Angelegenheit hat nunmehr der Herr Kammerer der Stadt Kostschin, Mitglied des Kirchenvorstandes und Direktor der dortigen Darlehns-genossenschaft das Wort!

Aus Nr. 271 des Dziennik Berlinski

vom 23. November 1902:

Weitere Aufklärung in Sachen des Verkaufs von Grusieczyn.

In der Nr. 262 des Dziennik Berlinski haben wir einen Brief des früheren Besitzers von Grusieczyn, des Herrn Alexander Wadynski aus Andrzejewo, veröffentlicht, welcher darüber Aufklärung brachte, auf welche Weise und durch wessen Vermittelung seine Besitzung Grusieczyn in die Hände des Herrn Stefanski aus Gnesen gelangt sei und wie das Gut durch diesen die Ansiedelungskommission erworben habe. Herr Wadynski erklärte, daß bei diesem Verkaufe der Kostschiner Kammerer, Herr Janicki, die Rolle des Vermittlers gespielt habe und daß er sowohl gegen diesen wie auch gegen Herrn Stefanski einen Prozeß anzustrengen gedenke. Ob letzteres schon geschehen ist, das wissen wir nicht. Nach etwa 10 tägigem Schweigen auf die Vorwürfe des Herrn Wadynski hin erhalten wir schließlich heute von Herrn Janicki nachstehendes Schreiben, welches den Verkauf der Besitzung Grusieczyn von anderer Seite beleuchtet.

Der Wortlaut des Schreibens ist folgender:

Kostschin, den 21. November 1902.

Geehrte Redaktion!

Auf die im Dziennik Berlinski veröffentlichte Korrespondenz des Herrn Alexander Wadynski, betreffend den Verkauf des Gutes Grusieczyn bei Schwerfenz, welche sich durchaus nicht mit der Wahrheit verträgt, antworte ich folgendes und bitte die Redaktion, diese meine Antwort in die Spalten Ihres Blattes aufzunehmen:

Das Vorwerk Grusieczyn bei Schwerfenz, etwa 1300 Morgen groß, welches fast zur Hälfte aus dem allgemein bekannten Schwerfenzener Sandboden besteht, hat Herr W. vor etwa 3 Jahren für einen — wie er damals selbst geglaubt hatte — billigen Preis erstanden, denn der Morgen kostete gegen 50 Thaler.

Nachdem Herr W. diese im Kreise Posen-Ost gelegene „Perle“ gekauft hatte, war er fest davon überzeugt, daß er zum mindesten ein ebenso gutes Geschäft gemacht haben werde, wie zu der Zeit, als er mit Hilfe seines Schwagers, Herrn Urbanowski das Vorwerk Andrzejewo bei Kostschin von Herrn Dulinski gekauft hatte. Aber er hatte sich gewaltig getäuscht, denn es dauerte nicht lange, da mußte er sich zu seiner Verwunderung überzeugen, daß dieser verhältnißmäßig niedrige Kaufpreis für Grusieczyn ein noch zu hoher war. Diese seine Ueberzeugung wurde später völlig bestätigt, indem er sah, daß Grusieczyn nicht im Stande war, sich selbst zu erhalten und daß er durch den mehrjährigen Besitz des Vorwerks Jahr ein Jahr aus 8000 Mark zulegen mußte.

Das Alles hat Herr W. mir gegenüber zugestanden, und das haben ihm auch Alle, die Grusieczyn kennen, vorhergesagt.

Als Herr Wadynski zu der Erkenntniß kam, daß die Sache unter diesen Umständen für ihn schlecht enden könnte, daß sich nicht Grusieczyn allein, sondern auch das von Herrn Dulinski erstandene, bei Kostschin gelegene Vorwerk aufzehren könnte, kam er zu der Ueberzeugung, daß seine einzige Rettung in dem Verkauf von Grusieczyn liege. Aber der Verkauf wollte in keiner Weise von statten gehen, denn die Posenener Agenten, denen das Geschäft übertragen worden war, konnten für das seit langem weit und breit berühmte Grusieczyn keinen Käufer finden, auch die des öfteren unternommene Parzellirung dieses Besitzthums wollte zu keinem Resultate führen, denn es fand sich für die Parzellen kein Käufer.

Erst bedeutend später traf sich der gewünschte Käufer in der Person des Herrn Stefanski, eines Polen, woran zu zweifeln nicht der geringste Anlaß vorlag, der nach mehrwöchentlichen Verhandlungen schließlich Grusieczyn kaufte. Ob er es mit der Absicht erworben hat, um es sofort weiter zu veräußern, das konnten weder Herr W. noch ich wissen, denn er konnte uns dies in seinem eigenen Interesse nicht sagen, im Gegentheil, dem Herrn W. hatte der Käufer versichert, daß er das Vorwerk der Ansiedelungskommission nicht abtreten werde.

Wenn er später — nachdem er gesehen, was er erstanden — Grusieczyn weiter verkauft hat, so war das sein Glück (!), denn es hätte ihn dasselbe Schicksal ereilt, wie andere.

Ich bemerke hier ausdrücklich, daß Herr W. sein Vorwerk Grusieczyn nur deshalb verkaufen wollte, ja verkaufen mußte, weil es sich nicht gelohnt hat, dasselbe zu behalten; sich nach dem Verstande, nicht nach dem Herzen richtend, machte er sich auch keinen Kummer darüber, wer die Besitzung kaufen wird, die Hauptsache war, sie loszuwerden.

Der Beweis hierfür ist, daß er das Vorwerk dem Militäriskus, der benachbarten jüdischen Landwirthschaftsschule, dem Baugewerksmeister Zwan aus Schwerfenz und anderen zum Kaufe angeboten hat, und somit auch den Polen.

Seine Behauptungen nach dieser Richtung hin sind daher nur darauf berechnet, um sich rein zu waschen. Im Uebrigen reißt sich Herr Wadynski aus reiner Zufriedenheit darüber die Hände, daß er den Stein am Fuße losgeworden ist und nunmehr seine Coupons in Ruhe abschneiden kann.

Ich bemerke, daß ich kein Agent bin. Den Verkauf von Grusieczyn habe ich als Agent nicht vermittelt; wie Herr W. lange Jahre hindurch gewöhnt war, seine Angelegenheiten unter meiner Mitbetheiligung zu erledigen, so erfolgte auch diesmal der Verkauf von Grusieczyn unter meiner Mitwirkung — und sonst nichts weiter.

Obgleich ich schon des öfteren angegriffen worden bin, bewahrte ich trotzdem Stillschweigen, um Herrn Wadynski durch eine Darlegung der wirklichen Sachlage nicht in ein schlechtes Licht zu bringen; weil ich nun aber unnöthiger Weise von neuem angegriffen werde, so ist es meine Pflicht, mich zu vertheidigen.

Für all die obigen Behauptungen übernehme ich die Verantwortung.

Die geehrte Redaktion wolle den Ausdruck meiner Hochachtung entgegennehmen.

S. Janicki.

Obige Aufklärung bringt zur Klarlegung der Sache nicht mehr als wir schon wußten.

Unbekannt ist nur, was Herr Janicki über das Anbieten der Besitzung Grusieczyn seitens des Herrn W. dem Militäriskus, der jüdischen Landwirthschaftsschule, dem Deutschen Zwan aus Schwerfenz sagt. Wenn das auf Wahrheit beruht, so fällt allerdings auf Herrn

Wadyński insofern ein schlechtes Licht, als er nicht nöthig hatte, sich Zwang aufzuerlegen, weil er ein wohlhabender Mann ist.

Das Alles macht jedoch Herrn Janicki noch nicht frei von der Schuld, daß er bei diesem Verkauf den Vermittler gespielt hat, denn bei den heutigen Zeiten muß man jedem Menschen, der die Absicht hat, ein Gut zu kaufen, genau betrachten — und das um so mehr einen solchen wie Herr Stefanski aus Gnesen, der von Beruf gar nicht Landwirth, sondern nur Viehhändler ist. In Posen ist er schon so genau bekannt, daß man ihm in einer gewissen polnischen Institution den Eintritt vollends verboten hat. Sollte denn Herr Janicki als Kämmerer des benachbarten Kotschin und als Direktor der dortigen Genossenschaft davon nichts wissen? Wenn er es nicht gewußt hat, so wäre es seine Pflicht gewesen, sich über die Person des Käufers zu informieren, das um so mehr, als, wie er selbst gesagt, der Handel um Gruszczyń etliche Wochen gedauert hat.

Schließlich sehen wir aus der weiteren Betrachtung des Herrn Janicki: „wenn Herr Stefanski später — nachdem er gesehen, was er erstanden — Gruszczyń weiter verkauft hat, so war das sein Glück, denn es hätte ihn dasselbe Schicksal ereilt wie andere“, daß er, wenn Gruszczyń sein Eigenthum gewesen wäre, gar nicht gezögert hätte, dasselbe an die Ansiedelungskommission zu verkaufen.

Nach alldem steht uns das Recht zu, die Kotschiner Bürger zu fragen, ob es angängig ist, daß an der Spitze ihrer Genossenschaft noch weiterhin ein Mensch steht von solchen Ueberzeugungen und Eigenschaften?

Aus Nr. 270 des Postep
vom 23. November 1902:

Ein adliges Rezept.

Aus Breslau schreibt man uns unter dem 20. November:

Herr Josef von Mycielski hat zur Rettung des polnischen Volkes eine neue Idee erfunden. Es ist sehr schön, daß Herr von Mycielski das zu retten bemüht ist, was der Adel lange Zeit hindurch verdorben hat; möge er aber nicht außer Betracht lassen, daß seine Idee ein Lustschloß ist, eine auf das geduldige Papier hingeworfene Theorie. Eine Organisation! Gewiß, Herr von Mycielski, aber kümmern sie sich nicht um den volksparteilichen und demokratischen Theil der Gesamtheit, denn dieser wird sich auch ohne Ihren Rath zu helfen wissen und für sich allein bleibend, schneller zum Ziele kommen, als unter den „schützenden“ Fittichen des Adels, einschließlich des Herrn von Mycielski!

Eine Organisation ist erforderlich; in dieser Hinsicht hat uns der Autor in seiner an den Kurier Pognanski gerichteten Korrespondenz nichts Neues gesagt; aber diese Organisation darf nicht auf einer solchen zerbrechlichen Grundlage stehen, wie sie der Herr von Mycielski sich ausgedacht hat. Nach seiner Ansicht soll es ein Organisationskomitee sein, zusammengesetzt aus den edelsten und rechtschaffensten Personen! Nun, jedenfalls soll es gewiß ein Komitee sein, in welchem die Herren Edelleute den Reigen führen, während sich die ganze Volksgesamtheit an der Nase herumführen läßt?! Zwischen Edelmut und Rechtschaffenheit als Begriff und in der Wirklichkeit besteht ein derartiger Unterschied, daß der Traum und die Theorie des Herrn von Mycielski schon an dieser Klippe scheitern.

Nein! Was noth thut, das ist eine rührige Organisation in jedem einzelnen Berufszweige, also eine Organisation auf ökonomischer und vornehmlich demokratischer Grundlage, auf welche die Aufmerksamkeit schon seit langer Zeit von Anderen hingelenkt wird. Möge Herr Josef von Mycielski seine Wappenkollegen organisiren, die einer Organisation dringender bedürftig sind, als irgend jemand; möge er ihnen Moral predigen, denn wie der Adel einzig und allein für die Fehler der Vergangenheit verantwortlich ist, so stört und hindert er auch jetzt die wirklich edlen Anstrengungen eines Theiles der Volksgesamtheit, der das wiederherstellen muß, was jener zerstört hat. Durch die Vergangenheit und lange Erfahrung nicht belehrt, tritt der Adel der Gegenwart hindernd in den Weg und will trotzdem den Ton in der Politik angeben.

Darum ist es an der Zeit, offen zu erklären, daß der Adel entweder auf den Anspruch, die Volksgesamtheit zu leiten, verzichte, oder, daß er die Ansichten des Volkes zu den seinen mache.

Wer die ganze Sache in den Sumpf gefahren hat, der arbeite lieber in der Stille an seiner eigenen Regeneration und spiele sich nicht als Leitender auf, denn, wie die vergangenen und gegenwärtigen Thaten beweisen, besitzt unser Adel nicht für einen Pfennig politischen Sinn, sowohl in unserem als in den übrigen Antheilen.

Ich bin kein Feind des Adels! Aber, magis amica veritas, das heißt: die Wahrheit ist mir lieber. Die Sache unseres Volkes ist klar. Unser Volk und unsere Demokratie, welche auf dem Boden politischer Zugehörigkeit stehen und gleichzeitig fest an ihrem katholisch-nationalen Rechte halten, können nur auf dem Wege ökonomischer Entwicklung vorwärts schreiten, indem sie sich — mit der dienenden Klasse beginnend — in den einzelnen Berufszweigen organisiren, und zwar allgemein in christlich-sozialem Sinne.

Wenn jeder Berufszweig mit Aufbietung aller Kräfte an seine Arbeit herangeht, dann ist das adlige Rezept des Herrn von Mycielski überflüssig.

Aus Nr. 266 des Orędownik
vom 18. November 1902:

Noch etwas in Sachen der Raczyński'schen Bibliothek.

Von angesehener Seite geht uns nachstehendes Schreiben zu:

Der Verfasser des in dieser Angelegenheit im Orędownik veröffentlichten Artikels hat ganz Recht, wenn er behauptet, die im Dziennik und Kurier veröffentlichten Aufklärungen klärten nichts auf und sie vermöchten nicht zu überzeugen, daß sich in dieser Angelegenheit nichts mehr machen lasse.

Die Angelegenheit der Bibliothek ist keine persönliche Angelegenheit des Grafen Eduard Raczyński, sondern eine öffentliche, der gegenüber der Herr Graf R. nicht allein ein Recht, sondern auch eine Pflicht hat.

Wenn auch die Bestimmungen anderer Paragraphen unklar oder unverständlich scheinen können, so ist § 58 der Stiftungsurkunde ganz klar und deutlich. Er sagt ausdrücklich, daß

„niemand das Recht hat, die Bestimmungen der Stiftung zu ändern“,

„daß dem Stifter und dessen Erben das Recht zusteht, darüber zu wachen, und

„daß für den Fall, daß die ursprüngliche Bestimmung geändert werden sollte, dem Stifter und seinen Erben bis zum letzten Grade das Eigentumsrecht an alle in die Stiftung eingeschlossenen Gegenstände zustehe.“

Der Stifter hat wohl vorausgesehen, daß in Zukunft Gelfüfte eintreten könnten, die mit seiner Intention und mit den ausdrücklichen Bestimmungen der Stiftung in Widerspruch stehen würden, und er behielt sich für diesen Fall das Eigentumsrecht für sich und seine fernsten Erben vor.

Ueber irgendwelche Aenderung der in der Stiftungsurkunde enthaltenen Bestimmungen hat weder das Kuratorium noch die Regierung das Recht zu bestimmen. Paragraph 87 des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs, worauf sich die Auslassungen des Dziennik und Kurjer augenscheinlich beziehen, lautet:

(Folgt der Wortlaut).

Weder die eine noch die andere Bedingung liegt hier vor.

Wenn aber die Behörde nebst dem Kuratorium sich auf diesen Paragraph berufen sollte, so hätten nach dem Wortlaut der Stiftungsurkunde die Erben das Recht, die ganze Stiftung zurückzunehmen. Ueber dies Recht kam weder das Kuratorium, noch die Regierung, sondern einzig der höchste Gerichtshof bestimmen.

In dieser ganzen Angelegenheit der Herkunft des gewählten Kandidaten müssen noch zwei andere, unseres Erachtens wichtigere Punkte und die einschlägigen Vorschriften der Stiftung berücksichtigt werden. So besagt der Paragraph 32, daß alle Stellen mit Beamten zu besetzen sind, welche im Großherzogthum Posen geboren sind und eine genaue Kenntniß der polnischen und der deutschen Sprache besitzen, und § 26 bestimmt, daß das Kuratorium den Bibliothekar aus drei Kandidaten wählt, die von dem Lehrkörper der höchsten Schule in Posen präsentiert werden. Ob Herr Collmann die polnische Sprache genau kennt, wissen wir nicht, aber diese Bedingung sehen wir als noch wichtiger an, als die Herkunft aus dem Großherzogthum Posen.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist es keineswegs sicher, ob man die Gymnasien als die höchste Schule in Posen anzusehen hat. Unsere Ansicht ist, daß solange es in Posen keine Universität giebt, als die höchste Schule in Posen das Priesterseminar anzusehen, ist welches mit der theologischen Fakultät der Universität auf einer Stufe steht und in welches Schüler erst nach Absolvierung des Gymnasiums aufgenommen werden können.

Zum Schluß noch eins: Nach der Stiftungsurkunde gehört dem Kuratorium der Posener Bürgermeister an, Besitzerin ist aber die Stadt. Die Stadtverordneten haben also das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß man in allem die Vorschriften der Stiftung beachte, damit durch die Uebertretung irgend einer der Stiftungsbestimmungen die Stadt nicht dem Verluste eines so schätzenswerthen Eigentums ausgesetzt werde.

Zustimmung dazu giebt. Das Kuratorium ist rein deutsch, denn Graf Siegismond v. Raczyński auf Obersitz hat in dieser Angelegenheit zu entscheiden, und weil er Lutheraner und Deutscher ist, hat er gegen die Aenderung der Stiftungsurkunde keinen Protest eingelegt. Graf v. Raczyński aus Rogalin, ein Enkel des Gründers der Bibliothek, hat in dieser Sache kein Stimmrecht. Die Urkunde ist dahin geändert worden, daß die Beamten der Bibliothek nicht aus der Provinz Posen stammen brauchen, sie müssen vielmehr nur 10 Jahre in der Provinz gewohnt haben. Angesichts dessen steht der Wahl des Professors Collmann, welcher aus Hessen stammt, nichts im Wege. — So wird heutzutage der Wille polnischer Stifter geachtet, welche Tausende zu Stiftungen von allgemein nützlicher Bedeutung geopfert haben. — Heutzutage wird alles auf politische Weise zum Eigentum des Staates oder der Stadt gemacht. Wir dürfen uns darüber wohl entrüsten, aber auch sonst nichts weiter; wir können höchstens nur noch zu erkennen geben, daß man uns auf Schritt und Tritt verfolgt.

Aus Nr. 271 des Dziennik Berlinski

vom 23. November 1902:

Aus Posen wird uns geschrieben:

Der geehrten Redaktion erlaube ich mir die Aufmerksamkeit auf folgende Angelegenheit zu lenken:

„Es ist bekannt, daß das Hotel Mylius in den Besitz der Hakatisten übergegangen ist. Der bisherige Pächter (nicht Eigentümer, wie man allgemein glaubte), Herr Fritz Bremer, hatte vor etwa 10 Jahren einen zweiten Saal erbauen lassen, welcher durch einen Gang mit dem Hotel verbunden war. Der Grund und Boden, auf welchem der zweite Saal erbaut worden war, war nicht Eigentum des Hotels, er gehört vielmehr zur Stadt, resp. zur Raczyński'schen Bibliothek.

Unter welchen Bedingungen die Stadt Herrn Bremer den Platz zur Benutzung abgetreten hat, ist nicht bekannt; es wäre rathsam, wenn sich unsere Stadtverordneten diese Sache etwas näher betrachten wollten, denn die Gerüchte lauten hierüber sehr verschieden. Doch nicht darum ist es zu thun; es handelt sich vielmehr darum, ob vielleicht die Hakatisten, welche das Hotel erstanden, nicht auch den anderen Saal mit dem Grund und Boden zugleich gekauft haben. Heutzutage ist alles möglich. Weshalb sollten jene Herren vor einem so „geringfügigen Anlaufe“ zurückschrecken, das um so weniger, als nur selten jemand darüber informiert ist.“ Soviel unser Korrespondent.

Wir empfehlen diese Angelegenheit den polnischen Stadtverordneten Posens zu genauerer Betrachtung und hegen die Hoffnung, daß sie binnen kurzem mit einer energischen Interpellation auftreten werden — nicht allein in dieser Sache, sondern daß sie die gesammte die Raczyński'sche Bibliothek betreffende Angelegenheit vor das Forum der öffentlichen Meinung bringen und das Verfahren des Herrn Witting in gehöriger Weise brandmarken werden.

Aus Nr. 263 des Postep

vom 14. November 1902:

Herr Professor Collmann ist deshalb zum Bibliothekar der Raczyński'schen Bibliothek ernannt worden, weil man die Stiftungsurkunde dieser Bibliothek geändert hat. Die Aenderung der Stiftungsurkunde erfolgte auf Grund des preussischen Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, welches die Aenderung jeglicher Stiftungsurkunden zuläßt, sofern der Vorstand oder das Kuratorium der betreffenden Stiftung die Aenderung beschließt und die höhere Behörde ihre

Aus Nr. 46 der Praca

vom 16. November 1902:

Aus der Provinz.

In Folge des mit Ordon gezeichneten Artikels „Caveant consules“ (siehe Nr. 46 des Gesamtüberblicks) in der letzten Pracanummer vom 2. November 1902 erlaube ich mir der geehrten Redaktion in Erinnerung zu bringen, daß die Praca schon im

Anfänge ihres folgenreichen Daseins, in den Nummern 5, 6 und 8 des I. Jahrgangs unter dem 24. Oktober 1896, also schon vor 6 Jahren dazu gerathen hat, wozu uns jetzt die Zentrumspartheiler zwingen.

Auf Seite 12 dieser Nummer macht die Praca unter anderem folgende Vorschläge:

Lissa }
Bentschen } Druckereien mit Volkszeitungen.
Kogasen }

Es freut mich sehr, daß dieser Gedanke schließlich jetzt vielleicht zur Ausführung kommen wird. Allerdings ist es auch die höchste Zeit! Aber ich wiederhole es, daß ein nicht minder dringendes Bedürfnis wie in Lissa und in Kogasen in Czarnikau, Schneidemühl vorliegt. Vielleicht findet sich ein edler Gönner — ein Freund des in den Ostmarken verlassenen polnischen Volkes — und stiftet Fonds zur Begründung dieser Druckereien. Dieses Kapital bringt hundertfach Zinsen und dient zur Kräftigung der wankelmüthigen Seelen sowie zur Seßhaftmachung des Volkes. Dort in den Ostmarken geht unser Volk thatsächlich in den germanischen Sturmfluthen unter!

Aus Nr. 268 des Wielkopolanin

vom 21. November 1902:

Wongrowitz.

In der Nachbarstadt Schocken haben die Deutschen zur Unterstützung ihrer Landsleute vor einigen Jahren eine sogenannte Spar- und Darlehnskasse gegründet und deren Verwaltung dem Schuhmacher und Besitzer eines kleinen Hauses, Herrn Karl Jenrich übertragen. Wie es sich jetzt herausgestellt hat, sollen 8000 Mark fehlen oder gar noch mehr. Das Haus und die Kuh des Jenrich sind mit Arrest belegt worden. Weil seine Schwiegermutter für 4000 Mark gut gesagt hat und einige Freunde ebenfalls für ihn gut gesagt haben, ist Herr Jenrich in Freiheit belassen worden. In Schocken und Umgegend sagt man, daß, wenn dies ein Pole gethan hätte, er schon im Gefängniß säße, aber weil es einen Deutschen betrifft so geht eben alles, sogar die deutschen Zeitungen schweigen, trotzdem die in Bromberg erscheinende Ostdeutsche Rundschau ihren bekannten Korrespondenten in Schocken hat. Beiläufig bemerkt, war Herr Jenrich die rechte Hand des Herrn Pastors in Schocken. Wenn nur ein Pole etwas ähnliches gethan hätte, was für ein Geschrei hätten die Sakatisten erhoben, wie hätten sie gerufen, daß das eine polnische Wirthschaft sei. Doch wenn einer ihrer Landsleute so etwas begeht, dann schweigen sie, weil das die „deutsche Kulturwirthschaft“ ist, weil es so sein muß.

Aus Nr. 140 der Gazeta Grudziadzka

vom 22. November 1902:

Mietichisko.

Die Niederlassung eines polnischen Arztes ist hier erwünscht. Das Städtchen, dessen Umgegend vorwiegend polnisch ist, hat 1200 Einwohner. Der nächste Bahnhof ist Wongrowitz, und im kommenden Jahre wird mit dem Bahnbau Posen — (über Mietichisko) Bromberg begonnen werden. Der Magistrat hat für die Arztstelle jährlich 300 Mark ausgesetzt.

Ebenfalls könnten sich hier auch ein Photograph und ein Uhrmacher niederlassen.

Aus Nr. 267 des Dziennik Kujawski

vom 19. November 1902.

Snowrazlaw, 18. November 1902.

In Sachen der Wahlversammlungen erhalten wir nachstehendes Schreiben:

In Anbetracht der sich nähernden Reichtags- und Landtagswahlen werden überall in dem Kreise unseres Großherzogthums Versammlungen abgehalten. Die Wahlthätigkeit beginnt, überall ist reges Leben in nationaler Beziehung zu merken, nur bei uns, sowohl in der Stadt wie im Kreise, herrscht Grabesstille. Unser Kreiswahlkomitee ruht bereits seit 5 Jahren auf seinen Lorbeern aus, welche es sich in der letzten Versammlung im „Odeum“ erworben hat; es hat sogar nicht einmal daran gedacht, sich durch Ernennung neuer Mitglieder zu vervollständigen, nachdem einige achtbare Männer der Stadt aus billigen Gründen ihre Aemter niedergelegt haben. Was soll man erst von den anderen Pflichten sagen, welche das Kreiswahlkomitee erfüllen sollte, wie z. B. die alljährliche Berichterstattung über seine Thätigkeit, die Einsammlung von Beiträgen zu Wahlzwecken u. s. w. Es wäre die höchste Zeit, daß es vom Schlafe erwachte, unverzüglich eine Wahlversammlung einberiefe, über seine Thätigkeit und über den Stand der Kasse Bericht erstattete, sich vervollständigte und seine Wahlthätigkeit aufnahm. Die Wähler haben das Recht, solches vom Kreiskomitee zu verlangen, und sie bestehen fest darauf, ohne vor der Hand vom § 16 des Wahlreglements Gebrauch zu machen.

Ein Wähler.

Aus Nr. 271 des Dziennik Kujawski

vom 25. November 1902:

Noch einige Worte über die Wahlangelegenheiten.

Nach der Veröffentlichung des Artikels (im Dziennik Kujawski) über die Wahlversammlungen konnte man annehmen, daß das geehrte Kreiswahlkomitee den Wählern auf demselben Wege eine kurze Zusicherung dahin geben werde, daß es ihren Wünschen Rechnung tragen wolle und binnen kurzem eine Wahlversammlung einberufen werde. Indessen schlummert das Komitee weiter, es denkt garnicht daran, das zu thun, was die Wähler wünschen.

Der Snowrazlawer Kreis erfreut sich thatsächlich einer Wahlrepräsentation, welche zu den Ausnahmen zählt; mag er sich aber damit trösten, daß es in der Stadt Snowrazlaw und in dem sogenannten Unterkomitee noch viel schlimmer ist.

Vor drei Jahren fand eine Hauptversammlung der Wähler der Stadt zwecks Verständigung über die Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen statt. In dieser Versammlung wurde unter anderem auch die Angelegenheit des Unterkomitees berührt. Nach sehr umfangreichen Verhandlungen beschloß die Versammlung mit großer Stimmenmehrheit, von der bisherigen Taktik, durch ein Mitglied des Kreiskomitees ein städtisches Komitee zu bilden, abzusehen, und man entschied sich dafür, in Zukunft die Mitglieder des Unterkomitees in der Generalversammlung durch die städtischen Wähler zu wählen. Gleichzeitig wurde der Vorsitzende des Unterkomitees, Herr Czapla, gebeten, in aller kürzester Zeit für die legale Wahl eines Komitees für die Stadt Snowrazlaw Schritte zu thun.

Herr Czapla hat indes bis jetzt noch nicht daran gedacht, sich dem Willen der Wähler anzupassen. Das städtische Wahlkomitee bildet aber doch einen sehr wichtigen Faktor in unserem kommunalen Leben, und

das Feld seiner Thätigkeit ist mindestens ein so wichtiges und umfangreiches, wie das des Kreiswahlkomitees. Erinnern wir nur an die sich alle zwei Jahre wiederholenden Stadtverordnetenwahlen, ferner an die Wahlen für die verschiedenen kommunalen Institutionen und Berufskorporationen.

Zrüber, als sich zu den städtischen Wahlen kaum einige Personen stellten — und selbst diese mußten besonders herbeigerufen werden — waren besondere Komitees nicht erforderlich, auch die große Wahlaktion war nicht durchaus nöthig; heute dagegen, wo der Nationalitätenkampf herrscht und bei jeder Gelegenheit ausbricht und auch die Allergleichgiltigsten mit sich fortreißt, muß an die Spitze unserer Stadtbewölkung ein gut organisirtes Komitee treten, welches aus Leuten der verschiedensten Berufszweige zusammengesetzt ist, nicht nur, um eine geschickte Wahlagitatio zu entfalten, sondern um vor allem für die freigewordenen Aemter die passendsten Kandidaten aufzusuchen.

Ein solches Komitee kann nicht von einer Person zusammengestellt werden — dasselbe muß von allen Interessenten gewählt werden. Es fragt sich, ob Jemand die Legalität solcher Wahlen bestreiten könnte. Meiner Meinung nach nicht, besonders dann nicht, wenn in das städtische Komitee ein Mitglied des Kreiskomitees hineinkäme.

Weder das Reglement, noch die Instruktion für die Kreiskomitees des Großherzogthums Posen geben hinlängliche Fingerzeige dafür, auf welche Weise die Unterkomitees gebildet werden sollen — daher hängt die Bildung der Unterkomitees heute lediglich vom Brauch ab. Was vor 10 Jahren genügte, das genügt heute nicht mehr, und wie die Gesetzgebung einer Aenderung bedarf, so müssen auch die Bräuche entsprechend den Verhältnissen und Bedürfnissen geändert werden.

Im Uebrigen kann darüber in der Hauptversammlung der städtischen Wähler gesprochen werden. Wollte sich nur der Vorsitzende des städtischen Unterkomitees binnen kurzem mit den Wählern in dieser Angelegenheit verständigen und schließlich eine Versammlung einberufen, auf welche wir schon so lange sehnsüchtig warten. Ebenso wie den Wählern sollte auch ihm die Besserung unserer bellagenswerthen Verhältnisse am Herzen liegen; deshalb haben wir die Hoffnung, daß wir uns demnächst zu gemeinsamer Berathung zusammenfinden werden.

Ein städtischer Wähler.

Aus Nr. 490 des Kuryer Poznański
vom 19. November 1902:

Die Schulverhältnisse in Jersiz und die Stadtverordnetenwahlen.

Man schreibt uns aus der Stadt:

Das Wahlkomitee der Stadt Posen hat, indem es in den Vorwahlversammlungen die Wahlberechtigten anregte, bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen ihre Pflicht zu thun, u. a. Nachdruck darauf gelegt, daß wir Polen bei der Besetzung der Lehrerstellen hintenangekehrt würden, und es hat als Beweis dafür die Zahl der an den Posener Schulen angestellten deutschen und polnischen Lehrer angeführt.

Mit Recht hoben die Redner hervor, wie sehr nöthig es sei, bei den Wahlen eine größere Zahl polnischer Stadtverordneten durchzubringen, die auf dem Rathhause unsere Interessen wahrnehmen und den Magistrat zwingen, sich bei der Besetzung der Lehrerstellen von dem Prinzip der Gleichberechtigung leiten zu lassen.

Um die Intentionen des Magistrats genau kennen zu lernen und die Nothwendigkeit der Vertheidigung nachzuweisen, müßten die Verhältnisse einer jeden Schule besonders vorgeführt werden; dann würden vielleicht die Erscheinungen der Saumligkeit bei den Wahlen auf unserer Seite seltener werden.

Da ich das Material, welches sich auf die Schulen des Ortstheiles Jersiz bezieht, an der Hand habe, theile ich es den Lesern des Kuryer Poznański mit, wobei ich bemerke, daß fast genau die gleichen Verhältnisse auch in den übrigen Posener Schulen herrschen.

Dem Beispiel Alt-Posens folgend, gab man f. Z. auch den Jersizer Schulen aus politischen Beweggründen und aus Germanisirungsabsichten simultanen Charakter. Ueber die Unangebrachtheit nicht konfessioneller Schulen, besonders in Ortschaften mit national gemischter Bevölkerung, will ich mich nicht auslassen, ich will nur soviel sagen, daß die Initiatoren der Schulen dieser Art, um das Uebel nicht noch zu verschlimmern, wenigstens dafür sorgen müßten, daß sowohl hinsichtlich des religiösen Bekenntnisses, als auch hinsichtlich der Nationalität ein entsprechendes Zahlenverhältniß zwischen Lehrern und Schülern innegehalten werde.

Wo das nicht geschieht, da liegt eine für die politisch Schwächeren schädliche versteckte Tendenz vor, eine Tendenz, die keineswegs der eigentlichen Aufgabe der Schule zu Gesichte steht. In den Jersizer Schulen springt diese Tendenz, wie die von mir angeführten Zahlen darthun, sehr stark ins Auge.

An der Knabenschule, welche 1200 Schüler zählt, von denen 81% polnisch-katholisch, nur 2% deutsch-katholisch und 17% deutsch-evangelisch sind, sind insgesammt 22 Lehrer angestellt, von denen 16 Deutsche und nur 6 Polen sind. Von welchen Beweggründen hat man sich bei dieser Besetzung der Lehrerstellen leiten lassen. Im Gegensatz zu dem Prinzip der Gleichberechtigung stellte man für die 17% evangelische Kinder über 8 deutsch-protestantische Lehrer an, d. i. 36%.

An die Spitze dieser Schule stellte man zwar einen Rektor katholischer Konfession, doch einen solchen, der eine Protestantin zur Frau hat.

Neugierig bin ich, womit der Magistrat, wenn er von unseren Stadtverordneten interpellirt würde, diese seine Maßnahmen rechtfertigen wollte.

In der Mädchenschule hat der Magistrat ungefähr die gleichen Verhältnisse geschaffen.

An dieser Schule, welche etwa 1100 Schülerinnen zählt, von denen 78% polnisch-katholisch, nur 2% deutsch-katholisch und 20% deutsch-evangelisch sind, sind 22 Lehrkräfte angestellt. Von ihnen rechnen sich 17 zur deutschen und nur 5 zur polnischen Nationalität.

Statt 4 evangelischer Lehrkräfte — wie dies dem konfessionellen Zahlenverhältniß der Schülerinnen entspräche, hat der Magistrat es für angebracht erachtet, 8 solche an dieser Schule anzustellen. Seine Auffassung hinsichtlich der Gleichberechtigung hat der Magistrat sodann darin dokumentirt, daß er an die Spitze dieser 80% Katholikinnen zählenden Anstalt Herrn Knothe, einen protestantischen Rektor, stellte.

Diese Zahlen und Umstände sprechen schlagend, wie sehr eine größere Zahl polnischer Stadtverordneten nöthig ist. Sie wird sich ergeben, wenn mehr der Unseren werden in die Wählerliste eingetragen werden und wenn wir beim Wahlakte keine wahlberechtigte Stimme einbüßen werden.

Wie einerseits aus dem hier vorgeführten Thatbestand sich die Pflicht ergibt, bei den Wahlen die bürgerliche Pflicht zu erfüllen, so möge andererseits die oben skizzierte Tendenz des Magistrats eine Anregung für die polnischen Mütter sein, ihre Kinder gewissenhaft im nationalen Geiste zu erziehen. Diese Pflicht ergibt sich weiter daraus, daß die Schule

die wichtigste Aufgabe nicht erfüllt, d. i. unsere Kinder nicht in deren Muttersprache erzieht.

Polnische Mütter, Ihr habt eine schwere, aber ehrenvolle Pflicht! Erfüllet sie!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 272 der Gazeta Toruńska

vom 23. November 1902:

Die Vertheidiger der Sakatisten,

welche hinter dem berühmten Goniec Wielkopolski stehen, ärgern sich über uns, weil wir nicht den billigen Patriotismus zur Schau tragen, welcher darin besteht, daß man von dieser Seite der Grenze her über die Moskowiter schimpft, und weil wir die durch Dokumente nachgewiesene Thatsache nicht verschweigen, daß seit der Jarin Katharina aus dem Hause Holstein-Gottorp und deren Gesandten Igelftroem bis zu dem Statthalter Berg uns — Deutsche reinsten Bluts auf Rechnung der russischen Nation übel behandelt haben.

Der Goniec führt, da er den eigenen Kräften nicht traut, die westpreussische Intelligenz und sogar einen „Geistlichen“ gegen uns ins Gefecht.

Darauf erwidern wir, daß ebenso, wie wir wiederholt geschrieben haben, die Polen würden keinen Finger bewegen, um den „Herrn“ zu wechseln, niemand bei uns sich nach Rußlands Hilfe umsieht; andererseits versteht aber nicht nur die Intelligenz, sondern der allereinfachste Mensch, daß es, da wir die preussischen Polenfreier auf dem Halse haben, die nach dem Untergang des polnischen Elements und sogar des polnischen Namens trachten, eine Dummheit wäre, über die Grenze hinüber auf Rußland zu schimpfen, das uns hier nicht schaden kann, selbst wenn es wollte.

Wer Lust hat, mit den Moskowitern Krieg zu führen, der möge nach Warschau oder Wilna gehn, — dann werden wir sagen, das sei kühn. Vom sicheren Versteck im preussischen Staate aus mit Papierpfeilen auf die Moskowiter schießen, das kann der erste beste Feigling; denn das setzt niemanden einem Prozeß aus, im Gegentheil, es sichert, wenn es nicht klingende Markstücke einbringt, in jedem Falle eine gute Marke — auf der Polizei.

Aus Nr. 139 der Gazeta Gdańska

vom 19. November 1902:

In Sachen der Bildung eines Rechtsschutzbureaus

sind alle darin einer Meinung, daß es durchaus, und zwar so schnell als möglich, gegründet werden müsse. Aber darin gehen die Ansichten auseinander, ob das Bureau den gesammten preussischen Landestheil umfassen, ob es zugleich ein Informationsbureau für die Abgeordneten sein soll und wie die Beiträge eingezogen werden sollen. Wir wiederholen nochmals in Kürze unsere Ansicht, indem wir unsere Leser ersuchen, energisch das Wort zu ergreifen.

1. Jede polnische Provinz im preussischen Landestheil sollte ein besonderes Rechtsschutzbureau haben. Wer nämlich in Sachen dieser Art gearbeitet hat, der weiß, wie groß ihre Zahl ist und wieviel Mühe sie machen. Es sind das hauptsächlich Verwaltungsangelegenheiten, und diese werden nicht regelrecht wie in den Gerichten bearbeitet, sondern sie sind naturgemäß abhängig von den Anschauungen einzelner Leute, die sich von der Politik leiten lassen. Wenn es bekannt sein wird, daß man den Rechtsbeistand des Bureaus

umsonst haben könne, so werden schon die Standesamtsangelegenheiten jährlich zu Hunderten in jeder Provinz zu zählen sein. Die hohen Anwaltskosten halten unsere Brüder jetzt ab, mit ihrer Sache hervorzutreten. Auch halten sie Befürchtungen zurück, die angesichts des generellen Anrechts auf Rechtsbeistand seitens des Rechtsschutzbureaus ebenfalls zum größten Theil werden hinfällig werden.

2. Das durch das Rechtsschutzbureau gesammelte Material sollte dem Informationsbureau für die Abgeordneten als Hilfsmittel dienen. Aber das Rechtsschutzbureau kann nur eine, und zwar eine Rechtsaufgabe haben. Und dies Bureau wird von verschiedenen Seiten zu unterstützen und zu fördern sein, damit es seiner Aufgabe gerecht werde. Denn es ist leicht zu begreifen, welcher Sturm deutscherseits auf eine solche „polnische Dreistigkeit“ sich werfen wird. Das Informationsbureau hat eine politische Aufgabe. Es hat darauf zu sehen, was in der politischen Welt, in den politischen Parteien vorgeht, es muß nach ungesetlichen, sozialen und gesellschaftlichen Angelegenheiten fragen, zu den Abgeordneten und Zentralkomitees Beziehungen unterhalten u. s. w. Das ist eine ganz andere, gleichfalls ungeheure Arbeit.

3. Daß wir bisher kein Bureau haben, dieser Umstand ruft bei Manchen ein Räsonnement folgender Art hervor: Freuen wir uns, wenn wir für unsere Bedürfnisse wenigstens ein Bureau bekommen. Sehr wohl, schaffen wir ein Bureau, aber möge dies eine gut eingerichtet sein, möge es seiner Aufgabe ganz entsprechen. Entgegengesetztenfalls werden mit Recht Klagen laut werden. Aber der Vorwurf wird sich auf die falsche Einrichtung beziehen, denn jener eine Mann, der eine solche Aufgabe übernehme, wird sich nicht zerreißen können nach zwei Seiten hin und er wird nicht imstande sein, seiner Aufgabe zu genügen.

4. Es fehlt an Geld! Das ist die Hauptsache. Es handelt sich darum, ob die Vereine die Bedeutung der Sache begriffen haben. Würde jeder Verein entsprechend der Mitgliederzahl 15—20 Mark jährlich zahlen? Mögen die Vereine diese Frage berathen! Wir haben in Westpreußen etwa 200 Vereine. Eine Abgabe von einem Thaler werden in Westpreußen tausend Leute gern zahlen. Der Sakatismus hat für uns schon soviel gethan, daß wir schon aus der unfähigen Gleichgültigkeit herausgekommen sind und Kraft sowie lebhaften Willen in uns spüren.

Als der wissenschaftliche Verein in Thorn reformirt wurde, schworen die alten Leiter, wir würden es auf nicht mehr Mitglieder bringen, als damals waren, d. i. 70. Es zeigte sich aber bald, daß man ihrer bei nur ein wenig Glauben und Kraft schon früher hätte 400—500 haben können.

So wird es auch mit dem Rechtsschutzbureau sein.

5. Wie sind die Beiträge einzuziehen? Wir meinen, daß es am angebrachtesten sein wird, wenn eine einzige Person, die sich einen Sekretär zu nehmen hätte, von Vereinen und von der Gesamtheit die Jahresbeiträge einzieht.

Wir haben ehrenwerthe Präpöste. Vielleicht befaßt sich jemand mit dieser Arbeit zum Wohle der Gesamtheit.

Aus Nr. 138 der Gazeta Grudziądzka

vom 18. November 1902:

Besondere Bedeutung

nimmt der Prozeß unseres Verlegers, des Herrn Wiktor Kulerski an.

In Graudenz kursirt das Gerücht, unser Verleger werde in diesem Prozeß zu einer schweren Gefängnis-

strafe verurtheilt, sofort verhaftet und gefangen gesetzt werden. Dies Gerücht vermeldet weiter, das Alles solle zu dem Zwecke geschehen, um unseren Verleger von der Wahlarbeit fernzuhalten, und besonders deswegen, um ihm die Wahl zum Abgeordneten zu verweigern.

Wir glauben nicht daran, daß das Urtheil gegen unseren Verleger jetzt schon fertig sein sollte und daß man sich von derartigen Beweggründen wolle leiten lassen. Denn wir sind überzeugt, daß sogar das Graudenzger Gericht in diesem Falle nicht imstande ist, Herrn Kulerski zu einer Geldstrafe, geschweige denn zu Gefängnißstrafe zu verurtheilen. Bei dieser Gelegenheit fällt uns jedoch ein, daß auch einige Wochen vor dem Prozeß des Herrn Rozanowicz in Graudenz das Gerücht zirkulirte, er werde zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet werden, was merkwürdiger Weise auch eintraf. In Sachen des Prozesses unseres Verlegers fallen uns auch nachstehende Einzelheiten auf: Der Prozeß wurde schon vor mehr als anderthalb Jahren eingeleitet. Damals schien die Sache nicht eilig zu sein, denn sie ruhte fast ein ganzes Jahr lang bis zum April d. Js. Gegenwärtig hat es das Graudenzger Gericht mit dieser Sache augenscheinlich sehr eilig, denn vor einer Woche theilte man unserem Verleger mit, es sei auf den 27. November Termin anberaumt. Zur Vorbereitung dieser so wichtigen Sache, in welcher sehr viele Zeugen und Sachverständige auftreten werden, blieb unserem Verleger im Ganzen eine Zeit von 2 Wochen und einem Tage übrig. Jeder, wer auch nur ein wenig mit derartigen Sachen vertraut ist, muß zugeben, daß das sehr wenig Zeit ist. Die Reichstagswahlen sind zwar nahe, aber wir können unmöglich glauben, daß diese Eile des Gerichts irgendwelchen Zusammenhang haben sollte mit der Wahlangelegenheit. Wir meinen vielmehr, daß dies Gerücht, welches in Graudenz zirkulirt, nur ein Ausdruck der Wünsche der Graudenzger Polenfreßer ist, welche Herrn Kulerski in einem Glase Wasser erlösen möchten.

Darauf können wir den Herren preussischen Polenfreßern sagen und es ihnen schwarz auf weiß geben, daß Herr Kulerski so wie so Abgeordneter werden wird. Er wird Abgeordneter werden, selbst, wenn sich gegen seine Wahl mit den preussischen Polenfreßern so manche unserer westpreussischen Herrchen verbünden sollten. Denn gegenüber der Macht des polnischen Volkes, welches sammt und sonders auf Seiten des Herrn Kulerski steht, giebt es keine gleiche Macht, die diese Wahl zu verhindern imstande wäre. Wir können den preussischen Polenfreßern auch das schriftlich geben, daß, wenn man, was wir nicht glauben, Herrn Kulerski zum Verlust der Freiheit verurtheilen sollte, das polnische Volk es um so mehr als seine Pflicht ansehen würde, Herrn Kulerski zum Abgeordneten zu wählen und ihm auf diese Weise die Gefängnißpforten zu öffnen. Es ist nämlich Brauch im Reichstage, daß letzterer beschließt, ein Abgeordneter, der wegen politischer Angelegenheiten zu Gefängniß- oder Festungsstrafe verurtheilt worden ist, sei für die Zeit der Reichstags-sitzungen freizulassen.

Mögen mithin die preussischen Polenfreßer nicht triumphiren, denn der Sieg wird so wie so mit Gottes Hülfe und durch das polnische Volk auf Seiten des Herrn Kulerski sein.

Aus Nr. 269 des Goniec Wielkopolski
vom 22. November 1902:

Herrn Kulerski,

dem Verleger der Gazeta Grudziöndzka, droht ein großer Prozeß wegen der Reden, die er in einigen

Volksversammlungen gehalten hat. Dieser Prozeß soll am 27. d. Mts. stattfinden. Die Gaz. Grud. schreibt, die Graudenzger Polenfreßer verbreiteten, des Herrn Kulerski warte eine lange Gefängnißstrafe und sie freuten sich darüber, daß Herr K. während der Wahl-agitation hinter Schloß und Riegel sitzen werde.

Dem gegenüber schreibt die Gaz. Grudz., Herr K. werde so wie so Abgeordneter werden, wenn sich auch gegen seine Wahl mit den preussischen Polenfreßern manche westpreussische polnische „Herrchen“ verbünden sollten. (!)

In diesen Worten liegt viel Dünkel. Das, was die Gaz. Grudz. schreibt, macht den Eindruck, als wenn in Westpreußen Niemand etwas zu sagen hätte, außer Herr Kulerski und seine Gazeta Grudziöndzka, als gäbe es unsere Wahlbehörden nicht. Gegen eine derartige Behandlung der Dinge muß entschieden Vornahme eingelegt werden; denn wenn in Wahl-angelegenheiten eine Person maßgebend wäre, der ein Pressorgan zu Diensten steht, dann wäre Desorganisation, Sezession, Spaltung und politischer Terrorismus zu erwarten. Eine solche Auffassung, wie die, daß ein Abgeordnetenmandat einen zu Strafe verurtheilten Redakteur oder Verleger retten solle, ist gleichfalls irrig, und wir können auf keinen Fall damit einverstanden sein; denn dann hätten wir zu erwarten, daß einflußreiche Prätendenten verschiedener Art unseren Wahlbehörden zum Trotz und entgegen den Interessen der Volksgesamtheit sich zu Abgeordneten erheben würden.

So viel betreffs der prinzipiellen Seite des Auftretens der Gazeta Grudziöndzka und des Herrn Kulerski.

Was seine Person anbetrifft, so meinen wir, daß Herr Kulerski kein schlechterer Abgeordneter wäre als andere, daß die Wahl des Herrn Kulerski unserer Volksgesamtheit nicht nur keinen Schaden, sondern Nutzen bringen würde. Herr K. hat nämlich neben seinen Fehlern auch Vorzüge, welche auf die in der Fraktion herrschenden Anschauungen belebend einwirken könnten. Er ist ein rühriger, energischer, fortschrittlich gesinnter, muthiger Mann. Wir meinen daher, daß er die Sachen nicht mit Glatcehandschuhen anzufassen wissen würde, daß er nicht mit jener parlamentarischen Konvenienz rechnen würde, die oftmals mehr geschadet als genützt hat. Unsere Abgeordneten in Berlin können so wie so nichts ausrichten, — es sollte sich daher darum handeln, daß ihre Thätigkeit mehr auf das Land, als auf die Deutschen einwirkte. In dieser Hinsicht würde Herr Kulerski vielleicht positiver wirken als Andere.

Wir sind auch davon überzeugt, daß sich, falls die Kandidatur des Herrn Kulerski in legaler Form aufgestellt werden sollte, solche polnische „Herrchen“ nicht finden würden, welche gemeinsam mit den Deutschen gegen Herrn Kulerski vorgehen würden, denn wir setzen in den Patriotismus der westpreussischen Gutsbesitzer, in den Patriotismus dieser „Herrchen“, von denen die Gazeta Grudziöndzka stichelnd schreibt, das Vertrauen, daß sie sich der Person des Kandidaten halber mit den Feinden nicht verbinden würden.

Aus Nr. 139 der Gazeta Gdańska
vom 19. November 1902:

Aus dem Kreise Bużig.

In der letzten Zeit habe ich in der Gazeta Gdańska schon etwa 3 Korrespondenzen über den „Kupiec“ in Neustadt gelesen. Es ist ein gutes Zeichen, daß die Allgemeinheit sich damit befaßt. Von

Tag zu Tag begreifen immer breitere Kreise unserer bedrückten Volksgeamtheit den Segen, der aus eigenen kaufmännischen Geschäften sich ergibt, um endlich der Ausbeutung, der Presserei ein Ende zu machen, welche an unserm Volke durch die uns feindlich gesinnten Bluteigel ausgeübt wird, deren Evangelium, deren Ablass es ist, dem katholischen Volke auch den letzten Tropfen Blut auszusaugen.

Anfangs wußte man nicht, wo der erste „Kupiec“ angelegt werden sollte, in Puzig oder in Neustadt. Es blieb bei Neustadt, indem man versprach, in Puzig eine Filiale zu errichten. Hier billigten das Alle, sogar die Deutschkatholiken. Viele und auch ich möchten den „Kupiec“ heut oder morgen entstehen sehen. Doch wie bei Allem, so muß man besonders bei Einführung eines so wichtigen und kostspieligen Unternehmens Verstand und Geduld haben und nicht blind darauf losstürmen. Ich höre auch, daß noch andere Ortschaften die Einrichtung einer Filiale des Neustädter „Kupiec“ verlangen. Ueberall bereichern sich nämlich Fremde an unserer Armuth. Mit dem Bündel kommen sie zu uns, reich ziehen sie fort in größere Städte. An polnischem Brot und Groschen mästen sie sich in Kurzem so, daß sie unser Volk wie einen Hund behandeln. Ich erinnere mich an einen Kaufmann in Puzig, der erst vor einigen Jahren zu uns gekommen ist, artig, freundlich war, polnisch-masurisch sprach, so daß die Leute glaubten, er sei ein katholischer Pole. Heut, nachdem sich dieser Mann an den Raschuben bereichert hat, höhnt er über uns und unsre Anschauungsweise. Ganz gewiß, sehr von Nutzen wäre für uns ein „Kupiec“ in Puzig. Doch ich habe bereits gesagt, daß dies nicht so leicht ist. Am sichersten erhalten wir einen „Kupiec“ nur mittelst des Neustädter „Kupiec.“ Anders gelangen wir nicht zu dem erwünschten Ziele. Wenn wir uns also einen „Kupiec“ in Puzig wünschen — und wer möchte das nicht — so wollen wir Alle, so viele unser sind, dem Neustädter „Kupiec“ beitreten. Wenn er fest auf den Beinen stehen wird durch eine große Mitgliederzahl, dann wird es ihm ein leichtes sein, Filialen nicht nur in Puzig, sondern auch in den Dörfern anzulegen, wo Fremde uns bis auf das letzte Tröpfchen melken.

Ich gehe heut mit gutem Beispiel voran, indem ich nach Neustadt eine unterzeichnete Karte, 1 Mark, Beitrittsgeld und 20 Mark für zwei Anthelle einsende. Wenn die Verböhner der Raschuben und des katholischen Glaubens wie ein Knochen im Halse stecken, der möge meinem Beispiel folgen.

Oft höre ich fragen: Gott weiß, wie es dem Neustädter „Kupiec“ gehen mag? Vielleicht könnten wir das aus der Quelle selbst erfahren. Ich bitte sehr darum, nicht aus eitler Neugierde, sondern aus Wohlwollen und in der Hoffnung, daß in möglichst kurzer Zeit eine Filiale des „Kupiec“ in Puzig entstehen wird.

Aus Nr. 140 der Gazeta Gdańska

Nach Stargard.

Ueber den Militärboykott in Stargard ist uns eine sichere Nachricht erwünscht. Wir bitten um Mittheilung darüber:

1. wer an den Kasernenthüren die polnischen Firmen aufgeschrieben gesehen hat, bei denen die Soldaten nicht kaufen dürfen,
2. wie der Wortlaut des Verbots lautete,
3. erwünscht wäre es, zu erfahren, von wem das Verbot ausgegangen ist.

Auf Wunsch versichern wir Diskretion.

Aus Nr. 47 der Praca
vom 23. November 1902:

Pr. = Stargard.

In unserer Stadt bietet sich eine überaus günstige Existenz für einen polnischen Baumeister, welcher seinen Beruf eingehend kennt sowie gewissenhaft, fleißig und nüchtern ist. Vom 1. April 1903 steht für diesen Zweck ein bisher von einem Baumeister innegehabter Bauplatz mit kompletter Umzäunung, Stall für 6 Pferde, Komptoir, Arbeitschuppen sowie Speicher, auf Wunsch auch eine Wohnung zur Verfügung. Die Existenz und das Arbeitsfeld sind angesichts der Verhältnisse in Stargard und Umgegend als unbedingt sicher zu betrachten, doch nur für einen fleißigen Menschen, nicht für einen solchen, der viel verspricht, aber wenig hält.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 269 des Górnosłazak
vom 19. November 1902:

Bürger! Landsleute!

Jahrhunderte hindurch war Schlesien vom väterlichen Stamme abgeschnitten. Alle diejenigen, welche die Führer des väterlichen Stammes hätten sein können, sind in das deutsche Lager übergetreten und arbeiten dort mit den Deutschen gemeinschaftlich an der Vernichtung des polnischen Elementes.

Die Edelleute, die Geistlichkeit, die Stadtbewohner, mit einem Worte Alle, die sich in einer besseren Vermögenslage befinden, haben sich germanisirt, und nur das arme Volk ist der Muttersprache und den väterlichen Sitten und Gebräuchen treu geblieben.

Dieses Volk, dessen Sorge der unaufhörliche und schwere Kampf um das tägliche Brod war, hat Jahrhunderte hindurch geschlafen und war das Spielzeug in der Hand seiner Brodgeber.

Auch bei uns ist nun die Morgenröthe der nationalen Wiedergeburt aufgegangen. Das Volk beginnt zu erwachen, und wird gewahr, daß es polnisches Volk ist, daß es dieselbe Sprache spricht wie seine Landsleute in Posen, Warschau und Krakau, daß seine Sitten, Gebräuche und Bestrebungen dieselben sind wie die der übrigen Polen, daß auch dieses Volk das Recht der nationalen Existenz hat.

Dies einsehend und sich zum Kampfe anschickend, überzeugte sich unser Volk sofort, daß es hierin keine Uebung hat und die Art und Weise des Kampfes nicht kennt. Es ist daher nichts Wunderbares, daß Einzelne der Intelligenz auf einmal die Leitung der ganzen Bewegung in die Hand nehmen mußten und unsere ganze Sache so lenkten, wie sie es für geeignet erachteten.

Diese Einzelnen waren bei uns die Redakteure der geringen Anzahl polnischer Blätter, die in Schlesien erscheinen. Jeder muß bekennen, daß die Früchte ihrer mühevollen Arbeit große sind. Es kann Niemand bestreiten, daß das gegenwärtige und zukünftige Polen ihnen für die gethane Arbeit dankbar sein wird.

Unsere nationale Bewegung hat sich jedoch im Laufe der Zeit so herausgebildet, daß kein Einzelner, und wenn es der Einflußreichste wäre, sie beisteigen kann. Unser Volk hat in dem Kampfe in den letzten Jahrzehnten eine gewisse politische Uebung erlangt und sich im bürgerlichen Sinne herausgearbeitet.

Unerwartet wächst die Zahl der Intelligenz.

Aus diesen Gründen geht hervor, daß heute nicht mehr die Rede davon sein kann, daß die Redakteure und Zeitungsherausgeber der ganzen Gesamtheit ihre Politik aufdrängen können. Das Schicksal der Gesamtheit dürfen nicht Einzelne lenken, vielmehr müssen dies die Bürger selbst thun und zwar die Vertreter aller auf dem nationalen Standpunkt stehenden Stände.

Deshalb haben auch wir als die polnischen Bürger und einmüthigen Vertreter aller bürgerlichen Stände, die wir ausschließlich das Gute unserer Gesamtheit im Auge haben, den Entschluß gefaßt, die politischen Angelegenheiten in unsere Hand zu nehmen und die ganze nationale Bewegung in die richtigen Bahnen zu lenken.

Wir sind Polen! Das ist unser politisches Bekenntniß.

Als Polen können wir nicht damit einverstanden sein, daß sich auf polnischer Erde irgend welche deutsche Parteien groß thun. Hier auf dieser polnischen Erde, die von über einer Million polnischen Volkes bewohnt wird, gilt der Platz für uns.

Bis jetzt haben bei uns allwaltend die Deutschen geherrscht. Zum mindesten ist es eine wunderbare Sache, daß die Deutschen, obgleich Katholiken, die Vertreter des polnischen Volkes waren, mit dem sie sich nicht verständigen können.

Wir wenden uns nicht gegen das Centrum als katholische Partei, denn als Katholiken werden wir mit ihm in Religionsangelegenheiten immer Hand in Hand gehen. Wir wenden uns gegen das Centrum deshalb, erstens weil kein Deutscher das Recht hat, seine Hand nach einem polnischen Mandat auszustrecken, ferner, weil das Centrum immer mehr den Anstrich der Regierungspartei annimmt, schließlich, weil seine Anhänger bei uns Germanisirungspolitik treiben.

Ferner bemühen sich bei uns um polnische Mandate auch die deutschen, wie die sogenannten polnischen Sozialdemokraten, die da prahlen, daß sie die einzigen Beschützer der Bedrückten seien. Das ist unwahr! Die schlechte Lage des arbeitenden Volkes liegt uns mehr wie ihnen am Herzen. Wir bekämpfen die Sozialdemokraten deshalb:

1. weil sie Feinde unseres Glaubens und unserer Kirche sind,
2. weil sie die uns heilige Nationalität als eine nebensächliche Angelegenheit betrachten,
3. weil sie Haß säen und den Klassenkampf in unserer Gesellschaft schüren.

Nicht Haß, nicht viel versprechende Losungen können uns Linderung und Hilfe in unserer schwierigen Lage bringen, vielmehr unaufhörliche und mühevollen Arbeit auf dem Felde der Aufklärung, der systematische Kampf um die Interessen des Volkes und die Organisation der Kräfte, die sich im Volke befinden, können unsere Lage verbessern.

Als Polen müssen wir unsere ganze Thätigkeit auf dem politischen und ökonomischen Felde ausschließlich auf die Interessen der breiten Volksmassen stützen. **Durch das Volk — für das Volk!** Das ist unsere Losung.

Deshalb müssen wir uns warm unserer bisherigen dringenden Arbeit auf dem Felde der Volksaufklärung, der Organisation der Volkskraft in Genossenschaften und Berufsverbänden annehmen und nach Berlin als Volksvertreter nur solche Männer entsenden, welche das beklagenswerthe Schicksal unseres Volkes kennen, und die rücksichtslos das uns durch die staatlichen Behörden, durch die organisirten und unorganisirten Feinde unserer Nationalität, durch die Großkapitalisten und ihre Beamten zugefügte Unrecht bekämpfen werden.

Als Polen werden unsere Abgeordneten nicht nur das natürliche Recht, sondern auch die Pflicht haben, der polnischen Fraktion beizutreten. Da jedoch die Vertreter unserer Nation die Vorschrift verpflichtet, in allen Angelegenheiten im Falle verschiedener Meinung in der Minderzahl der Mehrzahl beizutreten, und weil die Interessen des schlesischen Volkes in Wirthschafts- und Erwerbs-Angelegenheiten zum Theil von den Interessen des Volkes im Großherzogthum Posen und in den Provinzen Preußen abweichen, deshalb muß die polnische Fraktion den schlesischen Abgeordneten in der Abstimmung über die obengenannten Angelegenheiten völlige Freiheit zubilligen.

Landleute! Den Anfang haben wir gemacht. Wir haben einen großen Schritt von geschichtlicher Bedeutung vorwärts gethan, denn dies ist die erste Probe zur Vereinigung der ganzen polnischen Nation im preussischen Landestheil. Unsere Stimme wird untrüglich in dem weiterklingenden Echo durch ganz Schlesien wiederhallen.

Möge in jeder Bauernhütte, in jedem Arbeiterstübchen unsere Losung wiederhallen: Wählen wir die Unserigen!

Ihr Alle, denen in der Brust ein polnisches Herz schlägt, vereinigt euch mit uns zu gemeinsamer Arbeit an unserer Wiedergeburt und tretet als Apostel der durch uns verbreiteten Idee auf.

Kattowitz, den 17. November 1902.

Der polnische Wahlverein für Schlesien.

Aus Nr. 272 der Gazeta Toruńska
vom 23. November 1902:

Die Wahlan gelegenheit in Oberschlesien und der Kattowitzer Wahlverein.

Wir haben vor Kurzem mitgetheilt, daß in Schlesien ein polnischer Wahlverein entstanden ist, und wir veröffentlichten den Aufruf dieses Vereins. Die Gründung eines Wahlvereins zwecks Unterstützung der bestehenden polnischen öffentlichen Wahlorganisationen und zwecks Vertheidigung unserer nationalen Interessen in Gegenden, die in polnische Organisationen nicht einbegriffen sind, haben wir i. Z. selbst empfohlen. Nach unserem Projekt sollte der Sitz des Vereins Posen sein, und seine Thätigkeit würde sich hauptsächlich einerseits auf Schlesien, andererseits auf Preussisch-Masowien richten.

Natürlich würde der Verein nur seine Mitglieder repräsentiren, und nur in ihrem Namen könnte er sprechen, denn dem Verein kann und will nicht jeder polnische Wähler angehören. Der Verein hätte jedoch weder das Recht, Grundzüge zu beschließen, welche die polnische Gesamtheit verpflichten würden, noch Kandidaten zu ernennen, welche zu unterstützen und auf welche die Stimme abzugeben allen Polen obläge zur Vermeidung des Vorwurfs, Verrath und nationale Untreue verübt zu haben.

Bestimmungen, welche die polnische Gesamtheit verpflichten, können nur von Organisationen ausgehen, welche in öffentlichen, für jeden polnischen Wähler zugänglichen Volksversammlungen geschaffen worden sind. Solche Organisationen sind das Provinzial-Wahlkomitee für das Großherzogthum Posen, das Zentral-Wahlkomitee für Westpreußen und Ermland, das Hauptwahlkomitee für Westfalen-Rheinland und die angrenzenden Provinzen und das polnische Wahlkomitee für

die Stadt Berlin, sowie deren Hilfsorgane, wie die Delegirtenversammlungen, die Kreiswahlkomitees u. s. w., da sie Alle entstanden sind und sich erneuern durch einen Wahlakt, an welchem jeder polnische Wähler mittel- oder unmittelbar theilnehmen kann.

Dagegen kann und will wahrscheinlich wohl auch der Wahlverein, welcher seinen Sitz in Kattowitz in Oberschlesien hat und in einer vertraulichen Versammlung bei einer Betheiligung von etwa 200 namentlich eingeladenen Personen, Anhängern eines und zwar des allerjüngsten Blattes — gegründet wurde, nicht den Anspruch darauf erheben, die Führung der etwa eine Million Köpfe zählenden polnischen Bevölkerung Schlesiens zu übernehmen. Das würde sich mit den demokratischen Grundsätzen, zu denen sich die Gründer des Vereins mit solchem Nachdruck bekennen, nicht vertragen, und in der Praxis wäre es der nationalen Sache schädlich. Der Verein aber würde sich zweifellos einer Kompromittation aussetzen, denn Niemand wird sich wohl der Täuschung hingeben, daß breite Kreise des polnischen Volkes nun mit einem Male ihre Führer verlassen werden, welche unter ihm arbeiten seit vielen Jahren und so lezenswerthe und einflußreiche Blätter zu ihrer Verfügung haben, wie der Katolik mit 27 000 Abonnenten, der Dziennik Słonski, die Nowiny Raciborskie und die Gazeta Opolska.

Was uns betrifft, so sind wir nicht in Allem mit der Taktik des Katolik und der ihm verwandten Blätter einverstanden, im Gegentheil, wir sind der Ansicht, daß der Katolik bis vor Kurzem allzusehr schlesisch und Zentrumsblatt, und allzuwenig polnisch gewesen ist; aber dessen ungeachtet waren wir indessen gewiß und wir hatten Grundlagen dafür, daß nach einem, spätestens aber nach sechs Jahren unsere Landsleute in Oberschlesien Polen in den Reichstag wählen würden, sich dabei der Organisation der Zentrums-partei bedienend, und daß dies das Verdienst des Katolik, der Gazeta Opolska u. s. w. sein werde.

Von der Durchbringung nationaler Kandidaten ohne den Beistand des Katolik kann überhaupt nicht die Rede sein. Darum war es unseres Erachtens ein Unglück, hinter dem Rücken der Redakteure des Katolik und der verwandten Blätter die übrigens löbliche Lösung zur Aufstellung polnischer Kandidaturen auszugeben, und dies ist ein umso größeres Unglück, als die Lösung von einem Manne ausgegangen ist, den seine nächsten Gehilfen in Schlesien öffentlich als unredlich in Geldgeschäften und als einen Mann hinstellen, der unter Ehrenwort die Unwahrheit spricht. Wer wird es angeht, dessen heut wagen zu sagen, daß die Redakteure des Katolik und der verwandten Blätter einen Fehler begangen hätten, als sie es ablehnten, mit einem solchen „Politiker“ zusammenzuarbeiten.

Darum war es auch die höchste Zeit, daß sich Männer gefunden haben, welche das von jenem „Politiker“ und von seinen Gehilfen kompromittirte nationale Wahlprogramm aufnehmen. Sie sollten übrigens aus den oben erörterten Gründen es bei der Gründung des Wahlvereins nicht bewenden lassen, sondern eine Wahlorganisation ins Leben rufen, welche aus einer allgemeinen Wahl hervorginge, die vorzunehmen wäre in öffentlichen, jedem polnischen Wähler zugänglichen Volksversammlungen. Die Autorität einer solchen Organisation wird ein Jeder, auch jeder Redakteur anzuerkennen gezwungen sein, wenn er sich nicht der Verurtheilung von Seiten der gesamten polnischen öffentlichen Meinung aussetzen will. Eine solche Organisation kann natürlich auch aus der Initiative des Katolik oder der Gazeta Opolska hervorgehen, wenn nur die Allgemeinheit zur Wahl der Führer berufen wird, und wenn dies nur so schnell wie möglich geschieht, damit die schwere und so nöthige Arbeit an

der Befreiung Oberschlesiens von dem Zentrumsalp endlich eine ständige, wohlüberlegte und zielbewußte Leitung erhalte, ohne welche an einen Sieg nicht zu denken ist.

Aus Nr. 94 der Gazeta Opolska

vom 25. November 1902:

O p p e l n.

Aus dem Kreise der Geistlichkeit erhalten wir nachstehendes Schreiben: Am Donnerstag soll in Oppeln eine Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland stattfinden. Es ist gut, daß die deutschen Katholiken darum bemüht sind, ihre Landsleute aufzuklären, weil sie es verstehen, ihren Standpunkt als katholische Bürger zu verteidigen; aber sie sollten es nicht in der Absicht thun, um sich gegen die polnischen Katholiken eine Aufsehung zu erlauben und den Satajisten zur Verfolgung der polnischen Katholiken die Hände zu reichen, wie dies schon bei uns geschehen ist. Es versteht sich von selbst, daß die polnischen Katholiken mit diesem „Verein“ nur so viel zu thun haben können — um besonders zu marschiren oder gemeinschaftlich die Feinde des Katholizismus abzuwehren. Die deutschen Katholiken müssen jedoch der bisherigen Gleichgültigkeit der Zentrums-männer und ihrer Zweideutigkeit entsagen, wie sie Herr Frizen und der Graf Hönssbroech in ihren Reden und der Graf Ballestrem durch sein Handeln bewiesen haben. Für solche Gnade und solche Wohlthaten danken die polnischen Katholiken. Darum, polnisch-katholische Männer, meidet die deutsche Organisation und begeben sich in die polnisch-katholischen Vereine um dort euren eigenen Schutz zu führen. Wir werden besonders gehen, aber zu seiner Zeit, wenn es erforderlich sein wird, werden wir unseren Mitgläubigen zu gemeinsamer Abwehr die Hände reichen.

Aus Nr. 271 des Górnosłazak

vom 22. November 1902:

Willkommen in unseren Reihen!

Bis vor kurzer Zeit haben wir polnischen Männer allein im Kampf um unsere Nationalität gestanden. Die Frauen standen den Angelegenheiten, die uns heilig sind, kühl gegenüber. In den Zeilen unseres Blattes erhob sich schon manches Mal die Stimme, die die schlesischen Polinnen zum Kampf um den Nachlaß unserer Väter rief, den uns unsere Feinde entreißen möchten. Es schien, als ob das ein Ruf in die Wüste wäre. Manch einer zweifelte daran, ob unsere Frauen neben uns in die Reihen des heiligen Kampfes treten werden.

Der Glaube jedoch, den wir in ihre Tüchtigkeit gesetzt haben, hat uns nicht irregeführt. Heute fangen auch sie an sich zu rühren und zum Schutz unserer Heiligthümer vorzubereiten.

Vor einigen Tagen hat sich ein Geistlicher, der sich durch seine Abneigung gegen unsere Nationalität bemerkbar macht, als Ziel seiner Bedrückungen den polnischen Frauenverein ausersuchen, der in seiner Pfarochie gegründet worden ist. Er tadelte heftig unsere Mütter und Schwestern von der Kanzel dafür, daß sie ohne sein Wissen sich erlaubt hätten, in seiner Pfarochie einen Verein zu gründen, und beleidigte unser nationales Empfinden, indem er höhniisch fragte, ob die Frauen dort Strümpfe stricken oder ob sie sich über Rosciuszko belehren.

Ich werde mich nicht weiter darüber auslassen, daß der Geistliche eine komische Meinung von dem Umfang seines Amtes hat, indem er sich das Recht zur Genehmigung oder Unterjagung der Gründung eines polnischen Vereins beilegt. Selbst die hochlöbliche preußische Polizei besitzt ein solches Recht nicht, wenn es sich um keinen Verein handelt, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt.

Der Herr Propst hat jedoch offenbar „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ gethan. Die gehörende Antwort haben ihm unsere Frauen gegeben, indem sie ebenfalls „ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ gethan und in großer Zahl dem neugegründeten Verein beigetreten sind. Ehre und Lob ihnen für ihre Tapferkeit und bürgerliche Arbeit. Sie haben es verstanden, daß der Geistliche sein Kleidchen und die heilige Stelle zur Bekämpfung der ihm unangenehmen Bewegung gemißbraucht hat. Denn ihm ist unsere nationale Bewegung einzig deshalb unangenehm, weil die katholische Kirche keine Nationalität ausschließt. Sie ist ein großer Baum, auf dem für alle Vögel Platz zu Nestern ist. Möge dieses durch die tapferen Bürgerfrauen gegebene Beispiel für alle unsere Frauen Schlesiens eine Lehre und theure Weisung sein, wie sie unsere Sache vertheidigen sollen. Gebt uns mehr solcher Frauen und wir werden ruhig in die Zukunft sehen können.

Das ist eine gute Vorbedeutung für unsere Zukunft, daß unsere Feiern den Kampf mit den polnischen Frauen begonnen haben. Die Geschichte der Völker lehrt uns, daß immer dort, wo die Männer aus Verzweiflung die Hände fallen ließen, von ihrer Stellung zurücktraten, weil sie sie für unhaltbar hielten, die Frauen in die kämpfenden Reihen traten und den Feinden mitunter eine schändliche Niederlage beigebracht haben.

Wir danken dem Geistlichen, daß er unsere Frauen zum Kampfe herausgefordert hat.

Wir danken unseren Frauen, daß sie den ihnen zugeworfenen Handschuh aufgehoben haben.

Willkommen! Willkommen ihr Töchterinnen in unseren Reihen!

Aus Nr. 273 des Dziennik Śląski

vom 26. November 1902:

Zaborze.

Es wird immer schlimmer! Am Sonntag, den 23. November d. Js., wurde folgende Aenderung in der Kirche eingeführt: Während des Gottesdienstes für die Kinder um 9 Uhr, früher nach der heiligen Messe, gingen die Leute aus der Kirche und warteten nicht auf die deutsche Predigt. Am vergangenen Sonntag wurde die Kirchenthür geschlossen und die Leute waren gezwungen Alle, zur deutschen Predigt zu verbleiben. Der Geistliche Kaplan Cygan sagte des Morgens 6 Uhr bei der Predigt, daß der Gottesdienst um 9 Uhr nur für die Kinder und nicht für die Erwachsenen sei. Ein Mitglied der Kirchenpolizei sagte, daß die Kirchenthür deshalb geschlossen worden sei, damit die Erwachsenen nicht nur zu den sogenannten „kurzen“ Gottesdiensten gingen, denn es sei schon die Gepflogenheit entstanden, daß die Leute sagen, daß sie zum „kurzen“ gehen.

Ueber diese Aenderung sprechen die Leute verschieden. An diesem Sonntag wurden die Anwesenden gezwungen, die deutsche Predigt anzuhören. Ob sie am kommenden Sonntag gleichfalls werden gezwungen werden? Warum werden insbesondere die Kinder gezwungen?

Eine zweite Mittheilung lautet:

Bei uns in Zaborze ist seit längerer Zeit an Sonntagen und Feiertagen ein Gottesdienst für Kinder eingeführt, aber ein solcher mit deutscher Predigt. Ich frage nun, sind denn bei uns schon Alle Deutsche? Wenn diese „deutschen Kinder“ aus der Kirche herauskommen, so kann man hören, welches ihre Muttersprache ist, denn sie sprechen Alle polnisch. Welchen Erfolg haben solche Lehren bei den Kindern, die ihnen in der fremden deutschen Sprache erteilt werden? Deshalb wenden wir uns an den Hochwürdigen Herrn Propst mit der Bitte, er möchte unsere berechtigte Forderung berücksichtigen und für unsere polnische Jugend Gottesdienste mit polnischen Predigten einführen. Die Parochianen wünschen das und haben diesen Wunsch gemeinschaftlich im heiligen Barbara-Verein ausgesprochen, weil das eine rein kirchliche Angelegenheit ist.

Das Oberösl. Tagebl. bringt in Nr. 314 die Nachricht, daß in diesem Jahre sich nur der dritte Theil der Kinder zum Vorbereitungs-Unterricht für die heiligen Sakramente in polnischer Sprache gemeldet habe. Eltern, insbesondere ihr Mütter, denen das Wohl eurer Kinder am Herzen liegt, erwachet aus der Verderben bringenden Verstocktheit, und sagt nicht, daß das, was deutsch, „fein“ sei, denn ihr werdet es einmal bereuen.

Aus Nr. 270 des Dziennik Śląski

vom 22. November 1902:

Deutsch-Zernicke.

Zu ihrem Glück hat den hiesigen Einwohnern nichts mehr gefehlt, denn in unserem Dorfe haben unsere Busenfreunde einen „Kriegerverein“ gegründet. Am vergangenen Sonntag haben sich hier mehrere Kriegervereinler aus Gleiwitz eingefunden und einer von ihnen sprach über den Nutzen der Kriegervereine.

Lieben Brüder, ich bin neugierig, welchen Nutzen uns Arbeitern ein Kriegerverein bringen kann. Dort berathen sie nicht, auf welche Weise die Lage der Arbeiter zu verbessern sei, sie verbreiten dort nicht Aufklärung unter den Arbeitern hinsichtlich der Arbeiter-gesetzgebung, überhaupt es ist dies kein Verein für uns Arbeiter. Es ist nicht zu übersehen, daß in einem solchen Verein die Arbeiter keinerlei Vortheile erzielen, vielmehr begegnen ihnen dort verschiedene Unannehmlichkeiten. Der Kriegerverein ist doch ein germanisatorischer Verein! Siehst du, lieber Bruder, dort verachten sie deine Sprache, bekämpfen sie dein Polenthum, dann wenn es anders sein würde, so würden sie zu dir polnisch sprechen. Aber sobald eines von den Mitgliedern in der polnischen Sprache sich vernahmen läßt, macht dies bald auf einen höheren Kriegervereinler einen unliebamen Eindruck. Gewöhnlich wird der aus dem Verein ausgeschlossen, der in der polnischen Sprache das Wort ergreift. Wollen denn die Arbeiter, die beim Militär gedient haben, durchaus unter das Kommando einiger Deutschen gehen? Ist es nicht genug, daß während ihrer militärischen Dienstzeit vielleicht so mancher Vorgesetzter über sie gespottet hat, daß sie von den Polen stammen?

Sollen wir in solche Vereine gehen, wo unsere Nationalität verfolgt wird? Nein, und hundertmal nein. Dort ist kein Platz für uns Polen. Brüder, wenden wir uns zu unseren Vereinen. Dort werden wir herzlich empfangen, dort können wir für uns vortheilhafte Sachen lernen. Die polnischen Vereine, das

sind die einzigen Vereine, welchen der oberischlesische Arbeiter beitreten dürfte. Mögen sich die Deutschen mit Deutschen vereinen, aber wir Polen nur mit Polen. Oberschlesien ist doch polnisches Land und die Deutschen sind doch hier fremde Zuzügler. Also Brüder, tretet nicht den Kriegervereinen bei, an deren Spitze zum großen Theile bekannte Germanisatoren stehen.

Aus Nr. 139 des Katolik

vom 22. November 1902:

Dchojec, ein Dorf bei Rybnik ist noch sehr wenig aufgeklärt. Am Freitag fuhr unser Reisender Herr W. aus Rybnik dorthin, um dort die Verhältnisse kennen zu lernen. Er fand zu seinem Bedauern große Unaufgeklärtheit, insbesondere unter den Frauen. Das ist eine der allertraurigsten Erscheinungen, daß die dortigen Frauen zum Theil so wenig Bildung haben, daß sie so wenig ihre Verpflichtungen als Mütter kennen. Es grüßte z. B. ein jüngeres, etwa 16jähriges Mädchen deutsch, weil sie einen besser gekleideten Menschen in mir sah. Ich hielt ihr das vor und sagte ihr, sie solle doch polnisch sprechen. (Es wäre das für ihr Seelenheil vortheilhafter. Redaktion.) Manche Frauen sind davon, daß die ganze Familie verpflichtet ist, zu Hause den Anordnungen und Wünschen der Schule zu gehorchen, so überzeugt, daß man sie davon nicht überführen kann, daß sie verpflichtet sind, die Kinder polnisch zu lehren, insbesondere in polnischer Sprache die Wahrheiten des heiligen Glaubens und den Katechismus, als die Vorbereitungen zum heiligen Sakrament. (Die heilige Kirche hat eine sehr schwere Arbeit, wenn eine solche Unaufgeklärtheit herrscht. Redaktion.) Das Schlimmste war jedoch, daß der Gemeindevorsteher Herr Machoczek mich festnahm.

Ich zeigte ihm meine Legitimations-Karte, die von der Polizei-Verwaltung in Beuthen O. S. ausgestellt war und aus der er sich hinreichend überzeugen konnte, wer ich bin und daß ich die Berechtigung habe, Bestellungen auf Zeitungen, Bücher u. s. w. zu sammeln und Aufklärung zu verbreiten. Trotzdem hielt er mich zwei Stunden fest, während welcher Zeit verschiedene Herren kamen, die versuchten mir verschiedene Sachen einzureden, z. B., daß hier „Deutschland“ sei, daß ich deutsche Zeitungen verbreiten, daß ich nach Polen gehen solle u. s. w. Hierauf habe ich ihnen erwidert, daß sie sich um ihre eigenen Sachen kümmern sollen, z. B. um die Schule, aber in meine Angelegenheiten sollen sie sich nicht mischen, dazu hätten sie gar kein Recht. (Hier in Oberschlesien ist Polen — und damit Schluß. Die Schule muß hier eine polnische sein, man könnte ja in ihr verschiedene Sprachen lehren. Redaktion.) Herr Machoczek telegraphirte nach Rybnik, das 8 km entfernt liegt, nach einem Gendarm. Als der Gendarm kam, konnte er mir nichts anhaben und mußte mich gehen lassen, trotzdem, daß eine gewisse Frau gekommen war und mich beschuldigte, daß ich die Leute aufgereizt hätte; aber sie hat mich gewiß nicht verstanden oder hat sich geirrt. (Unterm Eide, bei Anrufung Gottes zum Zeugen, ist sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Redaktion.)

Was das Auftreten des Herrn Machoczek betrifft, so bin ich gezwungen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben, denn es handelt sich um meine persönliche Freiheit als Bürger, welche ohne gesetzlichen Grund zu schmälern ich Niemandem gestatte.

Aus Nr. 137 der Gazeta Katolicka

vom 22. November 1902:

Bogucice.

In unserer Parochie wird ein neuer Verein unter dem Namen „Die Kindlein Jesu“ („Dzieciatka Jesus“) gegründet. Mitglieder dieses Vereins sollen Kinder sein. Zweck des Vereins ist, den heidnischen Kindern Hülfe zu gewähren.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 195 des Wiarus Polski

vom 15. November 1902:

Die Zentrumspartheiler drohen den Polen mit Krieg.

Ein Zentrumsblatt, die „Oberhausener Volkszeitung“ ist über die Gründung des polnischen Wahlvereins in Schlesien außerordentlich ungehalten. Es schreibt wörtlich:

„Wenn die Polen mit der einzigen deutschen Partei, welche ihnen immer in der uneigennützigsten Weise beigestanden und sich dadurch dem Vorwurf der Feindschaft gegenüber Staat und Nationalität ausgesetzt hat, Krieg begehren, — so können sie ihn haben. Die Geduld der Deutschkatholiken hängt sowie so nur noch an einem Härchen.“

So schreibt das Zentrumsblatt.

Es ist geradezu lächerlich, wenn man die Erzählung der Zentrumszeitungen von der den Polen von Seiten der Zentrumspartheiler erwiesenen uneigennützigsten Hilfe liest. Denn es weiß doch jedermann, daß **niemandem so sehr die Verdeutschung der Polen erwünscht ist, als gerade den Zentrumspartheilern**, welche dadurch eine Kräftigung ihrer Reihen erwarten. Wenn die Zentrumspartheiler einige antipolnische Gesetze bekämpfen, **so geschieht das nicht aus Liebe zu den Polen**, sondern es geschieht aus denselben Rücksichten, durch welche die Sozialdemokraten bewogen wurden, für Aufhebung des Jesuitengesetzes zu stimmen. Außerdem fürchten die Zentrumspartheiler auch einige Abgeordnetenmandate in Schlesien und in anderen von Polen bewohnten Bezirken zu verlieren. **Einen Beweis von ihrer Unlauterkeit liefern die Zentrumspartheiler auch in den Angelegenheiten der Kirche und kirchlicher Vereine, worüber nicht die Regierung, also nicht die protestantische Mehrheit entscheidet, sondern nur die Deutschkatholiken.** Das Unrecht, welches die Zentrumspartheiler den Polen auf kirchlichem Gebiete zufügen, kann durch die parlamentarischen Reden nicht gehoben werden, welche die Herren Minister mit nachsichtigem Nicken anhören; denn sie wissen ganz gut, daß das nur eitle Rederei ist, und daß sich das Zentrum über die Regierung infolge ihrer auf die Germanisirung der Polen hinzielenden Anordnungen nicht ärgern werde. Wenn die Zentrumsparthei wirklich gegen die Ansiedelungskommission und gegen die Zurücksetzung der polnischen Sprache in der Schule und bei den Behörden wäre, so müßte sie gegen alle Regierungsprojekte und gegen die Abgaben stimmen, und dann würde die Regierung mit Bestimmtheit zum Nachgeben veranlaßt werden.

Die Landsleute in Oberhausen, welche noch das dortige Zentrumsblatt lesen, werden nunmehr gewiß zur Einsicht gekommen sein und wissen, die richtige Antwort auf seine Drohung zu ertheilen. Die „Oberhausener Volkszeitung“ erklärt den Polen den Krieg, und folglich wird jeder Pole, der sie unterstützt, in den Augen seiner Landsleute als Verräther gelten.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 489 des Kurjer Poznański
vom 18. November 1902:

Der Abgeordnete Bernhard v. Chrzanowski und die polnischen Sozialisten in Posen.

Der polnische Sozialismus in Posen hat den Kampf endgültig aufgenommen. Sein Organ, die Gazeta Ludowa, tritt schon offen mit dem Anspruch auf, unsere Abgeordneten und Wahlen zu leiten.

So manchem kann dieser Anspruch heute noch lächerlich dünken; aber unseres Erachtens steht der Sozialismus hinsichtlich der Organisation seiner Aktion über allen anderen Parteien. Da fehlt es nie an Mitteln, noch an Energie, noch an Disziplin, welche bei anderen Parteien so oft trügen. Darum schätzen wir die Thätigkeit des Sozialismus nicht gering, obgleich er bei uns erst angefangen hat. Eher, als wir es erwarten, kann er uns zur Seite emporstossen als drohende Macht. Sehen wir uns die Sozialisten im Berliner Reichstage an. Ohne Zweifel ist dies heute die am vorzüglichsten geleitete Fraktion der Kammer. Die Organisation der Sozialisten aber ist so vorzüglich, daß sie aus taktischen Gründen sogar Losungen als Deckmantel besitzen, die ihnen übrigens feindlich sind, und das thun sie namentlich bezüglich der Polen, indem sie die Vertheidigung des polnischen Katechismus und der nationalen Rechte verkünden. Der Kampf gegen einen so geschickten Gegner ist fürwahr ebenso schwer als dringend nöthig.

Sehen wir uns eine Phase dieses in Posen in letzter Zeit gegen uns durchgeführten Kampfes näher an. Wie wir bereits berichteten, hat eine große polnisch-sozialistische Volksversammlung im Berndtschen Saale in Posen stattgefunden. Ueber diese Versammlung noch einige Worte. Die Herren Sozialisten luden den Posener Abgeordneten Herrn Bernhard v. Chrzanowski dazu ein; doch antwortete derselbe ablehnend. Der Brief des Herrn v. Chrzanowski lautete:

Geehrter Herr!

Den Bericht über meine Thätigkeit bin ich einzig meinen Wählern zu erstatten verpflichtet, und ich werde ihn auch auf deren Wunsch erstatten. Da sie nicht Anhänger des internationalen Sozialismus sind, die Sie repräsentiren, kann ich Ihrer Aufforderung, in der Versammlung zu erscheinen, keine Folge leisten.

Bernhard v. Chrzanowski.

Dieser Bescheid empörte die Sozialisten aufs Außerste. Es hagelte Beschimpfungen, welche in der Gazeta Ludowa sorgfältig wiedergegeben wurden. Die geschäftigen sozialistischen Wähler und ihre Redner behaupten, die polnische Fraktion, welcher Herr v. Chrzanowski angehöre, sei eine Bande internationaler Verräther und Aushungerer des Volkes. Der schlimmste von ihnen aber sei Herr v. Chrzanowski, der volksparteiliche Lakai der Fraktion. Und als Der und Jener gegen allzu brutale Ausdrücke protestirte, da schmetterte ihn sofort die Stenorstimme eines der freien Bürger nieder. Da bekam jeder sein Theil. Die „Herren“ Radziwill und Czartoryski wurden.

„Schmarozer am Volke“ genannt, Herr Cegielski ein „Geschwür am Leibe der Nation“. Den Gutsbesitzern wurde vorgeworfen, daß das Menu des Tisches ihres Dienstpersonals entschieden der Gesundheit der Schweine und Hunde schaden würde. Herr v. Chrzanowski handelt nach Ansicht dieser Herren feige und heuchlerisch, er verdient sammt der Fraktion Verachtung und Verurtheilung. Fort also mit ihnen und mit den Volksparteilern, und am besten fort mit ihnen durch die Verbreitung des Abonnements der Gazeta Ludowa, welche monatlich 30 Pfennige koste und allein den Leuten die Wahrheit sage. Weiter kam die Reihe an Herrn Josef v. Wycielski. „Zu spät ist man in Kobylepole mit seinen Einfällen aufgestanden“ — ruft die Gazeta Ludowa, — „heute regt sich das Arbeitervolk, und es läßt sich nicht fesseln und mundtot machen!“ Die polnische Presse ist gleichfalls keinen Pfifferling werth. Der Dziennik sei toll geworden, der Gornostoniat sei ein Quacksalber, der Kurjer ein Heuchler, wie die volksparteilichen Organe. Der Abgeordnete v. Dziembowski erhielt den Titel „Wolf im Schafspelz“. Die Zoologie bot den Sozialisten noch weitere Bezeichnungen. Die polnische Fraktion namentlich wolle den Wählern Ratten zur Nahrung geben. Die Sozialisten wünschen ihnen guten Appetit.

Dieser ganze Lärm wäre, wenn ihn eine minder elastisch organisirte politische Aktion in Szene setzte, lächerlich. Sozialistischerseits ist er besorgnißerregend. Denn neben Schimpfereien und Verleumdungen, die sich gegen die Gegner richten, hört man beständig Aufforderungen zur Vertheidigung des Polenthums und des polnischen Katechismus. In verbitterten Herzen findet Gift leicht Zugang, und dies Gift wird die Hydra des Sozialismus immer unaufhörlicher einträufeln. In Schlesien rufen die Brüder von der rothen Standarte schon mit Triumph, sie würden zwei oder drei Wahlen sprengen. Bei uns begnügen sie sich damit, in allen Wahlkreisen zu agitiren und eine Armee für die Zukunft zu formiren. Und wir? Wollen wir uns diese Zukunft entreißen lassen?

Wenn wir das vermeiden wollen, dann dürfen wir auf keinen Fall die Augen gegenüber der Gefahr verschließen. Stecken wir nicht wie die Strauße die Köpfe in den Sand, sondern sehen wir dem Feinde dreist ins Auge. Suchen wir ihn in den Volksschichten und Kreisen, wo er agitirt, und drehen wir ihm den Hals um, solange es Zeit ist.

Aus Nr. 47 der Gazeta Robotnicza
vom 22. November 1902:

Dpaleniza.

Wer ist Feind der Religion? Die Sozialdemokraten! Das behaupten die Gegner der Sozialdemokratie, so lehrt auch unser Propst.

Also höre lieber Leser. Ein gewisser Bürger aus Dpaleniza wollte an der Gräberstraße ein Haus bauen, da nun sein Bauplatz keilförmig und an dem Kirchengrundstück belegen war, das Haus aber im Quadrat gebaut werden sollte, begab er sich als Pole und Katholik dreist zum Herrn Propst wegen Ankaufs von einem viertel oder halben Meter Bodens. Unser Propst fertigte ihn damit ab, daß er dies allein nicht erledigen könne; man schrieb daher an das Konsistorium. Das Konsistorium antwortete schließlich nach langer Zeit, daß es zunächst die Kataster und Papiere durchsehen müsse, genug, nach langen Bemühungen und bedeutenden Kosten konnte der Bürger an den Hausbau herangehen.

Wenn es sich aber um den Verkauf von Boden an einen Hafatisten handelt, dann kommt unser Geschäftsmann, der Propst — ohne das Konsistorium — mit dem Zollstock in der Hand, mißt ab, verkauft und erteilt den Zuschlag.

Auf dem Acker, den unsere Väter im Blut und Schweiß bestellt haben, erheben sich unsere Feinde, steht das schöne Rathhaus — das Preussische Kriegerdenkmal, und schon wieder mißt unser Hochwürdige Propst den Boden ab, um ihn einem preussischen Hafatisten zum Bau einer Bretterschneidemühle zu verkaufen. Wir, die rechtmäßigen Eigentümer dieser Erde werden mit jedem Tage hinausgestoßen und wir freien, fröhlichen Menschen werden zu Unterthanen und Sklaven des Kapitals.

Seit 12 Jahren sammeln wir hier zum Bau eines neuen Vikariats, aber weil der Boden zum Theil in die Hände unserer Feinde übergegangen ist, hört man von dem Bau nichts. Zur Reparatur des Altars wurden ebenfalls Gaben gesammelt, und als eine solche Summe beisammen war, ließ der Propst durch seinen Verwandten die Heiligen mit einem Laken abreiben und damit war es zu Ende.

Die Sozialdemokraten treten überall einer solchen klerikalen, schändlichen Wirthschaft scharf entgegen, denn niemand darf das unwissende Volk auslaugen und verdummen, am allerwenigsten der Geistliche. Unser Propst hat eine komische Meinung von der Religion und der Kirche. Die Kirche indentifizirt er mit sich, und die Religion nützt er für seine materiellen Zwecke aus. Die wirkliche Religion bekämpft das Ausbeuten, unser Propst heiligt das Ausbeuten und nützt es selbst eifrig aus. Wenn dann die Sozialdemokraten einer solchen pfäffischen Ausbeutung entgegenreten, so wettert der Gottesdiener, daß die Sozialdemokraten die Religion bekämpfen.

Um sein lohnendes Handwerk in Ruhe weiter treiben zu können und um die Aufmerksamkeit von sich zu lenken, sagt unser Herr Propst: „Siehe dort — das ist ein Sozialdemokrat, meide ihn, denn womit man sich abgiebt, das haftet einem an.“

Das hast Du schön gesagt, Herr Propst, aber selbst hast Du vergessen, daß, wer sich mit den Hafatisten verbrüderet, der wird selbst Feind des Volkes und Hafatist!

Es zirkulirt bei uns die Nachricht, daß der Hochwürdige Herr Propst uns verlassen wolle, weil die Parochie sich verschlechtert haben soll. Wir könnten dann wünschen: „Glücklichen Weg, weinen werden wir nicht.“

Wir wissen jedoch, daß dieser Fall so bald nicht eintreten wird, denn es handelt sich doch nicht um die verdorbene Parochie, sondern um eine fette Propstei. Sollte jedoch der Herr Propst sich anschicken, uns verlassen zu wollen, so bitten wir zusehends, uns zu erklären, was mit den Geldern für den Kirchboden geschieht, was mit den Geldern geschieht, die durch Gaben zum Bau eines Vikariats und zur Reparatur des Altars gesammelt worden sind.

Zum Schluß endlich einen aufrichtigen und herzlichen Rath: Wenn der Herr Propst von den Sozialdemokraten Märchen erzählt, so thut er es doch nur deshalb, um für sich Anhänger zu gewinnen; um sich aber nicht unnötig zu bemühen und einen Erfolg zu erreichen, würde ich ihm rathen die Irrenanstalt zu besuchen und dort zu lehren, der Erfolg wird nicht fehlschlagen. Probiren kann man doch! —

Ein Parochian.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 271 des Goniec Wielkopolski
vom 25. November 1902:

Nationale Selbstvertheidigung.

Lemberg.

Hier fand im Saale des pädagogischen Vereins die Fortsetzung der vertraulichen Versammlung der akademischen Jugend in Sachen der nationalen Selbstvertheidigung statt.

Nach langen Berathungen gelangte eine Resolution des Akademikers Plutynski zur Annahme, laut welcher der polnischen Jugend, welcher man der nationalen Sache halber die Möglichkeit genommen hat, sich in irgend einem polnischen Landestheil fortzubilden, Hilfe gebracht werden soll. Dieser Beistand soll sich stützen auf eine Besteuerung der polnischen akademischen Jugend.

Die Resolution und der Abänderungsantrag des Akademikers Rachnikiewicz, eingebracht im Namen der sozialdemokratischen Jugend, fanden keine Billigung. Diese Jugend gab ein votum separatum ab gegen den Beschluß der Versammlung in Sachen des allgemeinen Theils der vom Akademiker Plutynski eingebrachten Resolution.

Zum Schluß wurde ein Komitee gewählt, welches den von der Versammlung gefaßten Beschluß durchzuführen soll.

Aus Nr. 523 des Dziennik Polski
vom 9. November 1902:

Preussische Viebängelei.

Lemberg, den 8. November.

Kaiser Wilhelm II. — bekannt durch seine nicht immer glücklichen Einfälle — statet heute erneut dem englischen Hofe einen Besuch ab. Den halbamtlichen deutschen Preßstimmen ist zu entnehmen, daß der Beweggrund zu dieser Reise das verwandtschaftliche Gefühl ist, welches das Herz des deutschen Monarchen dermaßen überfließen ließ, daß er das dringende Bedürfnis empfand, die Hand seines gekrönten Veters in London zu drücken.

Dieser Beweggrund tritt nicht zum ersten Mal in Erscheinung. Alle bisherigen Ausflüge Wilhelms II. nach England wurden als Familienbesuche bezeichnet, obwohl die öffentliche Meinung nicht daran glauben wollte.

Wir vergegenwärtigen uns genau den Augenblick vor zwei Jahren, wo es den Anschein hatte, als ob die gespannten Verhältnisse zwischen Deutschland und England vollständig verschwunden wären. Kaiser Wilhelm wurde in England, als der Enkel der Königin, mit großen Ovationen empfangen und die Rundgebung dieser Gefühle war so groß, daß Niemand daran zweifelte, daß sie auch auf die politischen Verhältnisse einwirken werde. Joë Chamberlain hielt damals eine so enthusiastische Rede auf das alldeutsche Bündniß, daß man mit ihr — trotz des Skeptizismus, welchem sie in der Presse begegnete — als mit einer symptomatischen Erscheinung rechnen mußte. Derselbe Chamberlain antwortete bereits einige Monate später auf die deutschen, gegen die Kriegsleitung in Südafrika gerichteten Angriffe und sprach die denkwürdigen Worte, daß die englischen Soldaten keineswegs größere Barbaren wären, als die Deutschen es in dem französischen Feldzuge gewesen seien!

Unvergessen ist die Stimme der Entrüstung, welche diese Worte in ganz Deutschland hervorriefen. Der

Haß gegen die Engländer wurde im Reiche allgemein und das Mißtrauen hat auf eine lange Reihe von Jahren die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Nationen vergiftet. Die in hohem Grade den Nationalstolz Englands verletzende Rede des Reichskanzlers hat die Lage noch verschlimmert.

Diese Spannung besteht noch jetzt und bricht bei jeder Gelegenheit, namentlich in der englischen Presse, zu großem Verdruß Wilhelms II. hervor, welcher in seinen weltpolitischen Plänen die guten Beziehungen zu England als Hauptbedingung betrachtet. Es ist daher unschwer zu errathen, daß die Sehnsucht, welche den Kaiser zu seinem Londoner Beter führt, keineswegs ein unschuldiger Erguß seiner Herzensneigungen, sondern ein neuer Versuch, eine neue Spekulation zur Verbesserung der Fehler ist, welche die deutschen Politiker in letzter Zeit England gegenüber begingen. Nach den Drohungen und Ueberhebungen des deutschen Reichskanzlers ist die Kaiserreise eine stille Kanossafahrt, um Wohlwollen und Vergessen der Verstöße zu erwirken. Wilhelm II. glaubt fest an die Macht seines persönlichen Eingreifens. Er will die englischen Minister davon überzeugen, daß das einmüthige Zusammengehen mit Deutschland in Englands Interesse liege, er will in dem englischen Volke wieder Sympathien wachrufen und die kühlen Söhne Albions bezaubern. Daß dem deutschen Kaiser seitens der Regierungskreise in London eine loyale Begrüßung zu Theil wird, das unterliegt wohl keinem Zweifel. Für Herrn Chamberlain wird dieses kleine Kanossa des stolzen Monarchen eine äußerst angenehme Genugthuung sein. Ob es jedoch auf die Aenderung der vorsichtigen Politik Englands von Einfluß sein und ob er die beleidigte und abgeneigte Nation entwaffnen wird, das ist die Frage. An dem Gelingen dieser Mission kann man zweifeln, wenn man bedenkt, daß diese Familienreise nicht mehr die erste ist, und schon einmal bewiesen hat, daß sie eine — Komödie ist.

Aus Nr. 134 der Gazeta Ostowska
vom 13. November 1902:

Der Przesdswit bringt die Nachricht, daß die Gräfin Wladimira Dzieduszycka für 24 000 Kronen Aktien der Posener Bank angekauft habe.

Aus Nr. 261 der Nowa Reforma
vom 13. November 1902:

Betrifft die Ansiedelungs-Kommission.

Wie ich schon früher einmal berichtete, haben die Fortschritte in Betreff des Landerwerbes aus polnischen Händen in letzter Zeit den ungeheuren Mitteln dieser Anstalt nicht entsprochen. Denn obwohl die traurige „Species“ der Veräußerer des väterlichen Grundes und Bodens bei uns noch nicht ausgestorben ist, so ist sie doch bedeutend kleiner geworden und der übrige Rest nimmt doch noch etwas Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Mancher der Kolonisationskandidaten wünschte wohl die preussischen Thaler an sich zu bringen, doch fürchtet er den Fluch der breiten Bevölkerungsschichten. Doch wozu ist die Findigkeit der Preußen da? Sie greifen auf den polnischen Abschamm in der sogenannten besseren Gesellschaft zurück und schufen sich einen Stab von Vermittlern, welche Güter angeblich für sich erwerben und sie nach einer gewissen Zeit an die Ansiedelungs-Kommission abtreten. Auf diese Weise sind deren Vorbesitzer zum Theil gedeckt. Auf die eventuellen Vorwürfe können sie ja antworten: „Was wollt Ihr, ich habe mein Gut an einen Landsmann

verkauft, obendrein noch auf das Ehrenwort, daß es nicht an einen Deutschen abtreten werde.“ Was jedoch ein solches Ehrenwort sittlich verkommener Polen zu bedeuten hat, das hat im vorigen Jahre der Verkauf von Katarzynowo gezeigt, das hat eine ganze Reihe ähnlicher Transaktionen bestätigt. Unlängst erst hatten wir einen derartigen Verlust zu verzeichnen. Graf Dombiski verkaufte einem gewissen v. Wensierski-Gnesen sein Gut Zakowo, indessen verlautet gerüchtweise, daß hinter dem Wensierski die Ansiedelungs-Kommission oder deren Hauptvermittler Kronheim stecke. Diese Gerüchte beruhen höchstwahrscheinlich auf Wahrheit. Wensierski, ein ehemaliger Landwirth, besitzt nämlich nicht soviel eigenes Vermögen, um Güter kaufen zu können. Es scheint also, daß auch er, dem Beispiele der unwürdigen Vermittler von Chrzanowski-Wojdal, von Kierski, Szejewski und Stefanski folgend, sich der preussischen Regierung zur Verfügung stellte. Wir möchten wohl wissen, wie viele derartige Menschen sich noch in unserer Gesellschaft finden werden? Die Ansiedelungs-Kommission muß nämlich neue Leute vorschreiben, denn die bereits einmal entlarvten sind zu ferneren Diensten nicht mehr zu verwenden. Diese Vermittler versuchen ihr Glück sogar bei unseren bäuerlichen Landwirthen, hier jedoch mit weniger Erfolg. Einem von ihnen, dem Stefanski begegnete dabei etwas Unangenehmes. Denn als er bei dem Plotkowiak in Junikowo bei Posen erschien, um auch ihm sein väterliches Erbe abzuwindeln, prügelte ihn dieser brave Bauer durch und warf ihn zur Thür hinaus.

Die Verluste sind zur Zeit noch nicht allzugroß, darüber jedoch, daß sie nicht an Ausdehnung noch zunehmen, muß die öffentliche Meinung wachen. Leider ist dieselbe unzureichend. Unlängst noch lobte der Dziennik Poznanski einen gewissen Drogowski als Patrioten, welcher einer der ersten Kolonisatoren war, andere werden in der besten Gesellschaft geduldet. Mit Recht ist darüber der Dziennik Berlinkski enttäuscht und verlangt eine Verschärfung der Meinung.

Aus Nr. 539 des Dziennik Polski
vom 19. November 1902:

Betrifft die Maczynski'sche Bibliothek.

Von dem Attentat auf die Maczynski'sche Bibliothek, welche die Regierung zu einer echt deutschen Anstalt zu machen beschlossen hat, habt Ihr wohl erfahren. Diese Nachricht hat sich leider völlig bestätigt und es ist keine Hoffnung vorhanden, daß die Bibliothek jemals in polnische Hände wieder zurückkehren werde. Der ganze Vorstand ruht in deutschen Händen und das Kuratorium hat auf die Aenderung der Satzungen keinen Einfluß. Dieser Kurator ist übrigens der Graf Maczynski, welcher bekanntlich sich und seine Familie germanisirt hat, ja sogar zum Protestantismus übertreten ist. So haben uns also die Preußen am hellenlichten Tage eine große, mit polnischem Gelde für die Polen in's Leben gerufene Anstalt geradezu geraubt!

Aus Nr. 262 der Nowa Reforma
vom 14. November 1902:

Was geschieht im preussischen Schlesien?

Krakau, den 13. November.

Das Loos von Preussisch-Schlesien interessirt lebhaft ganz Polen. Und wie könnte es auch anders sein? Die letzte preussische Statistik weist nach, daß dort etwa eine Million und 200 000

polnischer Bevölkerung wohnt. Und dieses Volk hat durch sechs Jahrhunderte seiner Gefangenschaft sich seine Muttersprache und andere nationale Eigenarten erhalten und erwacht immer mehr zum nationalen Leben. Es hat bis jetzt vorwiegend deutsche Abgeordnete zum deutschen Zentrum gewählt und ihm auch in anderer Hinsicht mit fast sklavischer Hingabe Dienste geleistet. Wie gefährlich dieser Dienst war, das bewiesen die letzten Jahre, bestätigen die immer zahlreicheren Stimmen polnischer Priester in Schlesien. Die Mehrheit der dortigen deutschen Geistlichkeit, dem Schutze dieser mächtigen Partei vertrauend, macht sich das Lösungswort: „Im Interesse des Glaubens“ zur allmählichen, aber erfolgreichen Germanisierung in einer himmelschreienden Weise zu Nute. Jetzt ist es klar, daß aus dieser Gefahr die polnische, schlesische Bevölkerung durch die rechtzeitige Befreiung von der Zentrumsparthei die nationale Wiedergeburt Schlesiens auch in politischer Hinsicht retten kann. Dieser Gedanke tritt schon seit einer Reihe von Jahren in die Erscheinung. Wiederholte Versuche haben dabei den Beweis erbracht, daß das polnische Volk die ihm lästigen Fesseln zu brechen versteht, daß dort die nationalen Lösungen einen mächtigeren Wiederhall finden, als die rein religiösen Lösungen, deren sich das Zentrum bedient. Trotzdem hat die polnische Presse in Schlesien, als im vorigen Jahre die Posener Praca mit der Lösung „Fort mit dem Zentrum“ hervortrat, geantwortet: „Noch ist es nicht an der Zeit“ und die darüber entrißte öffentliche Meinung in ganz Polen mit der Versicherung beruhigt, daß sie bei den nächstjährigen Wahlen das nationale Interesse Schlesiens treu behüten werde. Inzwischen ist ein Jahr vergangen und seitens der Presse ist nichts geschehen, was als eine Vorbereitung zu irgend einer selbständigen nationalen Aktion bei den erwähnten Wahlen betrachtet werden könnte. Indes ist in Schlesien ein neues polnisches Blatt, der Gornoslonszak entstanden, welches von vornherein sich klar auf den Standpunkt „Fort mit dem Zentrum“ stellte und sich in kurzer Zeit einen ungeheuren Leserkreis erwarb. Die älteren Organe der schlesischen Presse folgten jedoch seinem Beispiele nicht.

Heute erhalten wir aus Schlesien zwei Nachrichten: die eine meldet, daß sich in Gleiwitz die erste national-polnische Wahlorganisation unter dem Namen „Wahlverein in Schlesien“ gebildet habe. Es ist dies eine sehr wichtige Organisation. Ihrem Vorstande gehören nämlich auf dem Gebiete der nationalen Arbeit bekannte, allgemeines Vertrauen genießende Leute, wie zum Beispiel der Rechtsanwalt Adamczewski-Rattowitz, Dr. med. Hanke-Beuthen, Dr. Stenslicki, Buchhändler Jasiczek, Landwirth Bialas-Tschedowo, Fr. Naumann, Bankbeamter aus Laurahütte, Sekretär Adolph Vigon-Rattowitz, Bilderhändler Rzepka-Rattowitz, Schuhmachermeister Gaertner-Königshütte, Vorwerksbesitzer Hanslik-Golasowicz, Hausbesitzer Reschke-Königshütte an. Dem Verein traten sofort 150 Mitglieder bei.

Die zweite, sogar von dem versöhnlichen Dziennik Poznanski wiederholte Nachricht besagt dagegen, daß das immer noch gelesenste Blatt in Schlesien, der Katolik, mit der Zentrumsparthei einen Kompromiß geschlossen habe.

Eine Aufklärung dieser sich widersprechenden Meldungen finden wir in der schlesischen Presse bis jetzt nicht. Sollte es dort zu einer Zerspaltung, zu einem Hauskriege kommen, beharrt denn die sogenannte „Katolikpartei“ bei ihrem verderblichen

und merkwürdigen Kunktatorentum? Sowohl das Eine als auch das Andere: die Zerspaltung und die weitere Hinausschiebung des selbständigen Vorgehens würde für die nationale Bewegung in Schlesien ein harter Schlag sein.

Wir verlangen deshalb von der schlesischen Presse eine Aufklärung, wir verlangen dies im Namen der ganzen polnischen Gesellschaft, welche doch wissen muß, was mit der Million polnischen Volkes geschieht und was aus ihr werden wird.

Aus Nr. 267 der Nowa Reforma
vom 20. November 1902:

Sie rührten sich!

Krakau, den 19. November.

Es ist endlich geschehen, worauf seit einigen Jahren ganz Polen wartete: es rührte sich Oberschlesien mit seiner über eine Million zählenden, so lange vergessenen und vernachlässigten polnischen Bevölkerung, es trat auf zur endgültigen Auseinandersetzung mit dem Deutschtum, zur vollständigen Verschmelzung, auch in politischer Beziehung, mit dem Mutterlande. Der vor einer Woche in Gleiwitz gegründete Wahlverein erließ einen Aufruf, in welchem er das schlesische Volk zum Kampfe auffordert. Was die Provinz Posen zu vollbringen nicht den Muth hatte, was die Posener Redakteure schlesischer Blätter, die bis vor kurzem einzigen Leiter der nationalen Bewegung in diesen Landestheilen, auf die lange Bank schoben, an das tritt jetzt eine handvoll heimischer schlesischer Intelligenz mit der dort ansässigen großpolnischen Intelligenz heran.

„Wir sind Polen! Dies ist unser politisches Glaubensbekenntniß“, rufen sie uns in ihrem Aufruf zu. Und wahrlich! ein angenehmeres Geständniß konnten sie Polen nicht machen. . . .

Wir wollen hoffen, daß die Leiter der älteren polnischen Presse mit dem bisherigen, unglückseligen Kunktatorentum brechen und den Kampf zusammen mit dem Volke unternehmen werden. Im entgegen-gesetzten Falle wird die Verantwortlichkeit der Nation gegenüber für den etwaigen Verlust und dessen sämtliche Folgen auf sie fallen.

Auch die Provinz Posen wird sich nicht länger mit den diplomatischen Rücksichten decken können, sondern muß sich jetzt offen erklären, ob sie die ihre Arme nach der Mutter ausstreckenden Brüder an ihr Herz drücken oder sie auch ferner ihrem eigenen Schicksal überlassen will? Die Würfel sind gefallen! Wir blicken auf eine Erscheinung von großer Tragweite, wir sind Zeugen eines großen, bahnbrechenden Augenblicks in Schlesien. Eine Million polnischen Volkes, von welchem wir durch so viele Jahrhunderte nichts wußten, welches wir freiwillig den Feinden preisgaben und welches die Deutschen längst als das ihrige betrachteten, rafft sich mit Macht zum nationalen Leben empor, beginnt den Kampf um seine nationalen Rechte. Und es thut dies aus eigenem Willen, aus eigenem Nationalgefühl, welches so wunderbar in seiner Seele erwachte. Welch erhebender, geiststärkender Beweis unserer Lebensfähigkeit und der Fähigkeit des polnischen Volkes. Dies ist die beste Antwort auf die stolzen Worte, welche unlängst im Marienburger Schlosse gefallen sind!

Aus Nr. 268 des Postep
vom 21. November 1902:

Die Posener Diplomatie.

Die in Warschau erscheinende Gazeta Polska hat einen Artikel veröffentlicht, der unsere hiesigen Verhältnisse in Großpolen in treffender Weise charakterisirt. Wir bringen diesen Artikel unter obiger Spitzmarke, um unsere Leser über derartige Prestimmen zu informiren. Mit den Ausführungen des erwähnten Artikels, welcher nachstehenden Wortlaut hat, kann man sich zum Theil einverstanden erklären:

Seit einer gewissen Zeit scheint sich im Großherzogthum Posen eine Ermattung des Kampfes, ein Schwinden der Energie, ein Schwächerwerden des Selbstbewußtseins, gewissermaßen der Anfang einer nervösen Verstimmung bemerkbar zu machen. Zwar nicht in der Weise, daß man die Hände zusammenlegen und mit der Vertheidigung aufhören will, um sich den Germanisatoren auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Im Gegentheil, die Kriegsrufe erschallen lauter, als irgend jemals, doch dieses Getöse setzt sich aus dumpfen und leeren Klängen, aus ungesunden Erscheinungen zusammen. Verschwunden ist der fröhliche Enthusiasmus, mit welchem vor nicht langer Zeit Alle erklärten: „Seht, wie viele der unsrigen sind, seht, wie stark wir sind!“ — verschwunden ist die Ruhe, mit der man vor Kurzem sagte: „Wir ergeben uns den Deutschen nicht.“ Immer deutlicher machen sich Unterschiede, nicht nur in den Ansichten, sondern auch in den Fähigkeiten und Bestrebungen bemerkbar. Nur die Volkszeitungen sind von dem bisherigen Wege nicht abgewichen. Sie glauben an die erfolgreiche Wirkung ihrer eigenen Kräfte und an die Möglichkeit eines Sieges, durch ruhige Machtentfaltung sowie stille und ausdauernde Arbeit. Indem sie weder nach links noch nach rechts blicken, befassen sie sich fernerhin nur ausschließlich mit der Weiterentwicklung derjenigen breiten Volksschichten, auf welche sich unsere Gesamtheit stützt.

In den beiden großen Zeitungen und in den sich um sie herumgruppirenden Kreisen sieht man dagegen ein unsicheres Rückwärtschauen, ein Suchen nach Hülfe, ein Probiren, ob es nicht gelingt, die Regierung durch kluge Diplomatie zur Aenderung ihrer Politik zu bewegen. Herr Dzierzykraj von Morawski fährt zum Grafen Bülow, um ihm persönlich klar zu machen, daß dessen Politik unklug sei und ihn zu veranlassen, den Kaiser zur Unterlassung seiner Reise nach Posen zu bewegen, welche die nationalen Gegensätze noch mehr verschärfen könnte. Außerdem beruft sich Herr v. Morawski auf seine Beziehungen zum Zentrum und bietet Konzessionen an, wozu er garnicht berechtigt ist. Gleich darauf giebt ein anderer der großen Posener Politiker eine Broschüre heraus, in welcher er dem Kaiser schmeicheln und ihm einreden will, daß die antipolnische Politik gerade ohne sein Wissen und Willen geführt werde und daß sie für den Staat im höchsten Grade verderblich sei. Der Kurier Pognanski mit dem Grafen Mycielski an der Spitze hat wiederum das Bestreben, den Deutschen Angst zu machen. „Seht — ruft er aus — das ganze Slaventhum steht hinter uns; mit den Prestimmen, die Euch brandmarken, könnten wir einen ganzen Band füllen, und Ihr fürchtet Euch nicht, uns zu chikaniren?“

Gewiß, wir sind ein geborenes Diplomatenvolk; ein jeder hat in sich einen Metternich, was sage ich, einen Bismarck und sogar einen Machia-

vellistischen Belzebub sitzen. Aber trotzdem kann dieser Umstand daran nichts ändern, daß die Diplomatie der Herren Dzierzykraj von Morawski, von Mycielski und der Autoren anonymen Broschüren sehr naiv und unbedonnen ist.

Man müßte wirklich sehr naiv sein, um zu glauben, daß die Deutschen sich durch Schönthuerereien, Schmeicheleien oder schließlich durch Drohungen von dem ihnen klar vorgezeichneten Weg ablenken lassen werden. Man muß sehr unbedacht sein, um solche Drohungen auszusprechen, welche ganz bestimmt nicht helfen, aber viel schaden können. Sie können sowohl den preußischen Behörden zum Vorwande für die Anwendung der radikalsten Mittel dienen, als auch den Vertretern der rücksichtslosesten Germanisation, als Argumente zur Begründung der Anträge um Schaffung neuer Ausnahmegesetze, Außerkraftsetzung der Staatsverfassung u. s. w.

Nicht minder wichtig, oder gar am wichtigsten, ist die Wirkung solcher Diplomatie auf die breiten Volksschichten. Die Ueberzeugung von der Hülfeleistung von außen her ist sehr leicht im Stande, die eigene Energie zu schwächen und die Meinung zu erwecken, daß es nicht nöthig sei, in allen Lebenslagen mit Anspannung aller Kräfte zu arbeiten, daß es zur Erweckung des Mitgefühls und zur Hervorbringung einer Intervention genüge, wenn man zum Himmel dringende Rufe ausstößt und nach armenischer, macedonischer oder kretensischer Art sein Leid klagt.

Dennoch ist dies ein dem Kampfe sehr gefährliches Mittel, und die Zuflucht zu einem solchen, zeugt wenig von dem Vertrauen zu den eigenen Kräften und von dem Glauben an eine erfolgreiche Wirkung der eigenen Arbeit im Kampfe gegen die Germanisation. Die Posener Bevölkerung kann auf diese Weise nichts erreichen, aber sehr viel verlieren und sich außerdem noch der Gefahr aussetzen, daß man ihr wiederum die bekannten Worte Napoleon I. wiederholt: „Sie haben nichts vergessen und nichts gelernt!“

Aus Nr. 10 der Teka

vom Oktober 1902:

Geistige Bewegung unter der Jugend in den preußischen Landestheilen.

Wie wir es erwarteten, hat unser Artikel in der August- und Septemhernummer unter der Ueberschrift: „Betrifft die Gymnasialjugend in dem preußischen Antheil“ in den Kreisen unserer lernenden Jugend eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen. In dem Augenblick, in welchem wir diese Worte schreiben, befinden sich die betreffenden Nummern der Teka noch nicht in den Händen unserer Kollegen. Es sind uns deshalb zur Zeit nur zwei Korrespondenzen, welche einen beachtenswerthen Beitrag zu unseren Bemerkungen über die Bewegung oder vielmehr über den geistigen Stillstand unter der Jugend des preußischen Antheils liefern, zugegangen. Bevor wir jedoch jene Korrespondenzen bringen, wollen wir unseren Lesern eine interessante, unseren geistigen Stillstand beleuchtende Mittheilung als solche machen, insbesondere aber den in der Augustnummer der Teka enthaltenen Artikel anführen. Der Zufall fügte es, daß gerade in der Zeit, in welcher der erwähnte Artikel entstand, in der Provinz Posen ein galizischer Bürger weilte, welcher — speziell das geistige Leben der galizischen Jugend beobachtend — auch von Nahem die geistige Bewegung der Gymnasial-

jugend im preußischen Antheil sich ansehen wollte. Wir betonen ausdrücklich, daß dieser Bürger seine Beobachtungen anstellte, bevor er überhaupt Gelegenheit hatte, den Verfasser unseres Artikels und das Posener Redaktionsbureau der Tesa zu sprechen. Dieser objektive Beobachter unserer Verhältnisse und gleichzeitig ein Kenner der galizischen Zustände charakterisirte unsere Lage in einem kurzen Satz: das Bild des geistigen Elends. Der Ausdruck ist vielleicht etwas zu stark und für die Kollegen beleidigend, in Wirklichkeit aber dasselbe besagend, was mit mehreren Worten der Verfasser unseres Artikels behauptete.

Und nun ertheilen wir unseren Berichterstattern das Wort. Der erste Brief stammt aus der Provinz Posen.

Aus Gymnasiastentreifen:

„Indem ich nur die Ortsverhältnisse kenne und keinen Ueberblick über das geistige Leben der gesamten Gymnasialjugend in den einzelnen Orten besitze, kann ich nicht beurtheilen, ob oder inwieweit Ihr Artikel allgemein auf Wahrheit beruht. Im Uebrigen, glaube ich, lag es Ihnen nicht daran, ein Bild vorzuführen, welches selbst in den kleinsten Einzelheiten eine treue Schilderung der Zustände in allen unseren Gymnasien wäre. Denn trotzdem sich — wie ich das bald nachzuweisen versuchen werde — in unser geistiges Leben ein verhängnißvoller, geradezu preußischer Schematismus eingeschlichen hat, ist es doch klar, daß unsere national-geistige Bewegung in den einzelnen Gymnasien nicht ausschließlich ein und dieselben Merkmale kennzeichnen. Mir scheint es jedoch, daß Ihre Charakteristik der Gymnasialverhältnisse ihren Hauptgrundzügen nach allen Gymnasien, das Posener nicht ausgeschlossen, angepaßt werden kann, obwohl Sie vorwiegend die Gymnasien in den kleineren Provinzialstädten im Auge hatten.“

Ich habe bereits des preußischen Schematismus Erwähnung gethan, welcher — meiner Ansicht nach — hauptsächlich den völligen Stillstand in unserem geistigen Leben verursachte. Dieser Schematismus aber ist gewissermaßen die natürliche Folge der Bedingungen, unter welchen wir gegenwärtig leben.

In dem Zeitabschnitt vor den Prozessen war die geistige Bewegung unter der Gymnasialjugend — wenigstens in den größeren Städten, wie in Posen — eine äußerst lebhafte. Es wurden nicht nur polnische Geschichte und Literatur fleißig gelernt, sondern man interessirte sich auch — wie Sie sich ausdrücken — für Fragen allgemeiner Natur. Es bildeten sich Lager, verschiedene Ansichten, es wurde diskutiert und fortwährend polemisiert, kurz, es war ein Leben, eine Bewegung, ein Fortschritt. So verhielt es sich in Wirklichkeit; diesem Brodeln sah ich mit meinen eigenen Augen zu, obwohl etwas aus der Ferne, wie es sich für einen „Kollegen aus Obertertia“ ziemte. Die Zeiten haben sich jedoch gründlich geändert. Es kam die Zeit der Revisionen und Prozesse. Sowohl die preußische Regierung, als auch unsere legalen und illegalen Herren waren der Ansicht, daß diese Verfolgungen unsere Kollektivbemühungen unterdrücken und das Aufhören des Lernens der Geschichte und Literatur herbeiführen würden. Man hat sich geirrt: Die Folgen der Prozesse waren andere, wiewohl nicht minder verhängnißvolle. Man wollte uns die Erfüllung dessen, was wir bis jetzt als unsere heiligste Pflicht betrachteten, unmöglich machen, daher war es natürlich, daß wir an die Vertheidigung des bedrohten Postens mit jugendlichem Eifer heran-

traten: alle unsere Gedanken konzentrirten sich auf den gemeinsamen Geschichts- und Literaturunterricht. Andere, mit diesem Unterricht sogar direkt in Verbindung stehende Angelegenheiten haben wir gänzlich vergessen. Dabei das ewige Harren auf neue Revisionen und Treibjagden, das Warten auf den Ausfall sowohl des Studenten-, als auch des Gymnasiasten-Prozesses, ferner der Boykott seitens des älteren Geschlechts, das Alles schuf einen krankhaften, nervösen Zustand. Es ist daher nichts Merkwürdiges, daß unter derartigen Umständen die geistige Bewegung nicht nur sich nicht entwickeln konnte, sondern auch beinahe erstarb. Das Bewußtsein hatten wir, daß wir polnische Geschichte und Literatur lernen müßten, wir besaßen jedoch nicht genug ruhigen Blutes und Ruhe des Geistes, um darüber nachzudenken, wie wir lernen und uns bilden sollten. Die Geschichte des Volkes, jenes mit dem Blute unserer Vorfahren geschriebene Buch, verwandelte sich in todte Ziffern, die Literaturgeschichte, jener Spiegel des geistigen Lebens von Jahrhunderten und Geschlechtern, verwandelte sich in eine Reihe von Namen und gedankenlos aufgesagten Lebensläufen. Wer die meisten Zahlen, Namen und Lebensbeschreibungen beherrschte, auf den wurde die größte Hoffnung gesetzt. Ist das nicht ein wahrhaft preußischer Schematismus? Ist das nicht ein treues Bild der preußischen Schule? Heute, wo die „Nervenperiode“ einigermaßen vorüber ist, empfinden und verstehen ich und mancher meiner Kollegen den verhängnißvollen Fehler, welchen wir begingen, recht gut; es fällt uns jedoch schwer, den Schematismus abzuschütteln, wir haben uns zu sehr an ihn gewöhnt. Und dennoch müssen wir uns aus diesem Rege freimachen! Auf welche Weise? Leider ist es leichter, einen Fehler zu begehen, als ihn los zu werden! Es hat natürlich keinen Sinn, zu zweifeln. Meiner Ansicht nach werden uns die Wege, welche Sie uns in Ihrem Artikel gezeigt haben, am besten zum Ziele führen. Ein Zweifel drängt sich mir jedoch wieder auf.

Um die Vorurtheile zu brechen, um aus der todten Masse eine Gestalt voller Wahrheit, Freiheit und voll Lebens herauszumeißeln, dazu sind kühne, revolutionär gesinnte Leute erforderlich und diese fehlen augenblicklich gänzlich. Möchte die nächste Zukunft sie uns recht zahlreich geben, möchte sie Bewegung, Leben und Fortschritt bringen.

Vorläufig enthalten wir uns spezieller Bemerkungen; wollen jedoch nur ganz allgemein hervorheben, daß wir uns mit den Ausführungen unseres Berichterstatters beinahe vollständig einverstanden erklären. Bevor wir in dieser Frage das entscheidende Wort sprechen, wollen wir durchaus die Stimmen der unserem Redaktionskomitee nicht angehörenden Kollegen, sowohl der Gymnasiasten, als auch der Akademiker hören.

Zu diesem Zwecke bringen wir jetzt den zweiten, aus Berlin kommenden Artikel.

Aus akademischen Kreisen:

„Sie haben eine heikle Sache, diejenige unseres „geistigen Proletariats“ berührt. Soviel ich mich entsinne, war in der Tesa bereits einmal davon die Rede; die Diskussion beschritt damals diese Bahn nur beiläufig, die Frage der geistigen Bewegung unter der Jugend im preußischen Antheil wurde nicht auf den ersten Plan gestellt, als ob man gewissermaßen der Ansicht wäre, daß die betreffende Angelegenheit noch nicht reif genug sei. Ich will darauf nicht weiter eingehen, ob es gut gewesen ist, daß Sie damals über die Frage des geistigen Stillstandes in diskreter Weise zur Tagesordnung über-

gingen, soviel steht fest, daß zur Zeit jeder denkende Kollege Ihren Artikel in der letzten Nummer mit Freuden begrüßt hat.

Es ist bekannt, daß die geistige Bewegung unter der Jugend im preussischen Antheil seit vielen Jahren auf einer äußerst niedrigen Stufe gestanden hat. Ein sehr großer Prozentsatz unserer Akademiker zeichnete sich durch einen beschränkten Gedankenkreis, durch den Mangel an höherer Begeisterung, kurz durch alles das aus, was zu einem Durchschnittsgeist erforderlich ist. Aus dieser Jugend ging unsere gegenwärtige Pseudo-Intelligenz hervor, welche das einst in solcher Blüthe bei uns stehende geistige Leben zu begraben vermochte. Es ist schließlich nicht zu verwundern, daß die meisten jungen Leute aus dem preussischen Antheil, welche sich aus den mittleren und niederen Schichten rekrutiren und in einer drückenden Umgebung aufwuchsen, zu Anfang ihres Universitätsbesuches keine breiteren Aspirationen besitzen. Was uns jedoch auf noch verhängnißvollere Gedanken bringt, das ist die Thatsache, daß gerade die aus höheren Kreisen stammende Jugend jenes geistige Proletariat zum großen Theil bildete und es heute noch bildet.

Der in letzter Zeit mit elementarer Gewalt sich entwickelnden national-politischen Bewegung vermochte die geistige Bewegung nicht in entsprechendem Tempo zu folgen. Das kulturelle Niveau unserer Jugend hat sich zweifellos gehoben, ist jedoch bis auf den heutigen Tag anormal niedrig geblieben.

Der Durchschnittsstudent im preussischen Antheil kennt drei Dinge: er kennt zunächst die Berufsarbeit, welche er als „*malum necessarium*“ behandelt und an die er erst kurz vor dem Examen ernstlich herangeht; er kennt ferner mehr oder minder oberflächlich die Politik; er kennt schließlich am besten die mit der Bildung und Veredelung des Geistes nichts Gemeinsames habenden Vergnügungen. Was mit diesen drei Gebieten nicht in unmittelbarer Berührung steht, das ist gewöhnlich für die meisten jungen Leute „*terra incognita*“. Bibliotheken,

Theater, Museen werden gewöhnlich einmal im Jahre, um Ostern herum, besucht; geschieht es öfter, dann thut man es in Ermangelung einer besseren Beschäftigung.

Interessant ist folgende Erscheinung: In einer deutschen Universitätsstadt (nebenbei bemerkt, nicht in Berlin) fing eine Anzahl Kollegen — unserer traurigen Lage Rechnung tragend — an, auf das Bedürfniß der Erwerbung von Bildung, in weiterem Sinne dieses Wortes, von Intelligenz und von gesellschaftlichem Schlift zc. mehr Gewicht zu legen. Diese Kollegen trafen einerseits auf völlige Apathie, andererseits auf geradezu gegen die Reformatoren, gegen die „Aristokraten“ gerichtete Abneigung! Ja, das ist lächerlich, aber wahr! Es ist bedauerlich, daß so viele von uns es nicht verstehen können oder es nicht verstehen wollen, daß die wahre Aristokratie den Geist nicht bekämpft, sondern im Namen der demokratischen, gesellschaftlichen Losungen die Lanze bricht.

Zum Schluß will ich den die Gymnasialbänke verlassenden und die Universität beziehenden Kollegen einen Rath geben: Begebet Euch, Kollegen, nach größeren Universitätsstädten, wo das Kunst- und geistige Leben sprudelt. Mistet Euch nicht gleich von Anfang Curser Studien an in kleineren Städten (Breslau nicht ausgenommen!) ein, wo der Geist leicht verphilistert und verbauert. Die kleineren Universitäten könnt Ihr in den letzten Semestern beziehen; vorher müßt Ihr Euch die weite Welt ansehen, Euere Schwingen zum kühnen Fluge ausbreiten.“

So viel unser Berichterstatter. Wir wenden uns an die Freunde und Anhänger unseres Blattes mit der dringenden Bitte, sowohl die August- und September-, als auch die Oktoberausgabe in den breitesten Gymnasial- und Studentenkreisen zu verbreiten. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß wir in der Angelegenheit, betreffend die geistige Bewegung unter der Jugend im preussischen Antheil, noch viele, diese wichtige und aktuelle Frage allseitig beleuchtende Artikel erhalten werden.

THE JOURNAL OF THE
AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION
PUBLISHED WEEKLY

CHICAGO, ILL., U.S.A.
1914

VOLUME 11
NUMBER 1

JANUARY 1, 1914

Published by the American Medical Association
535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Subscription price, \$5.00 per annum in advance.
Single copies, 15 cents.

Entered as second-class matter, June 26, 1907.
Postpaid.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in
Act of October 3, 1917.

Postmaster: This publication is entered as second-class matter, June 26, 1907.
Postpaid.

Copyright, 1914, by American Medical Association
Printed by the American Medical Association

THE JOURNAL OF THE
AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION
PUBLISHED WEEKLY

CHICAGO, ILL., U.S.A.
1914

VOLUME 11
NUMBER 1

JANUARY 1, 1914

Published by the American Medical Association
535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Subscription price, \$5.00 per annum in advance.
Single copies, 15 cents.

Entered as second-class matter, June 26, 1907.
Postpaid.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in
Act of October 3, 1917.

Postmaster: This publication is entered as second-class matter, June 26, 1907.
Postpaid.

Copyright, 1914, by American Medical Association
Printed by the American Medical Association